



Nr. 441 | 19.10.2023

Russland-Analysen

Regionen

■ ANALYSE		
Der <i>Einheitliche Wahltag</i> 2023: Russlands Regionen im zweiten Kriegsjahr		2
Julia Baumann (Ludwig-Maximilians-Universität München)		
■ ANALYSE		
Das digitale Kräfteressen: Russische Wahlen im Spiegel der Digitalisierung		7
Kristin Eichhorn (TH Wildau)		
■ ANALYSE		
Der regionale Blick. Medien in Tatarstan und Baschkortostan und Russlands Krieg gegen die Ukraine		13
Sebastian Cwiklinski (Freie Universität Berlin)		
■ DOKUMENTATION		
Parteien, Wahlen, Regionen		19
■ DEKODER		
Welchen Sinn haben Wahlen in einer Diktatur?		27
<hr/>		
■ CHRONIK		
11. September – 02. Oktober 2023		30

Der *Einheitliche Wahltag* 2023: Russlands Regionen im zweiten Kriegsjahr

Julia Baumann (Ludwig-Maximilians-Universität München)

DOI: 10.31205/RA.441.01

Zusammenfassung

Im September 2023 fanden in Russland turnusmäßig Regional- und Lokalwahlen statt. Damit versucht das Regime, den Schein von Normalität unter Kriegsbedingungen zu wahren. Die »militärische Spezialoperation« spielte im Wahlkampf keine Rolle, aber der Angriffskrieg gegen die Ukraine ist auch im zweiten Jahr mit erheblichen humanitären und ökonomischen Kosten für die Regionen verbunden. Diese Belastung verteilt sich allerdings unterschiedlich auf die Regionen und Kommunen. Gleichzeitig erholte sich die Wirtschaft etwas und die finanzielle Lage verbesserte sich für einen beträchtlichen Anteil der Bevölkerung. Das Regime zeigt sich bemüht, die Lebensbedingungen zu normalisieren, die Bevölkerung passt sich größtenteils an die neue Realität an.

Regional- und Kommunalwahlen 2023

Während Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine bereits über eineinhalb Jahre andauert und sich das Land in einem außenpolitischen Ausnahmezustand befindet, versucht das Regime gegenüber der Bevölkerung den Anschein von Alltag und Normalität aufrechtzuerhalten. Zu diesen Anstrengungen gehört, dass Wahlen im Rahmen des jährlichen *Einheitlichen Wahltags* am 10. September 2023 turnusmäßig stattfanden. Zahlreiche Regional- und Lokalwahlen wurden je nach Föderationssubjekt teils auf mehrere Tage ausgeweitet, außerdem gab es Nachwahlen für vier Abgeordnete der Staatsduma. In 21 Regionen fanden Gouverneurswahlen, in sechzehn Föderationssubjekten und vier von Russland annektierten ukrainischen Gebieten Wahlen zum regionalen Parlament sowie über 4.200 weitere Wahlen zu Stadt- und Gemeinderäten statt. Seit das Putin-Regime Mitte der 2000er Jahre die Kontrolle über nationale und zunehmend auch regionale Wahlen erlangte, überraschen Wahlergebnisse kaum noch. In einigen Föderationssubjekten, in denen 2023 gewählt wurde, war es bei den letzten Wahlen 2018 hingegen in Reaktion auf die Rentenreform zu Protest(ab)stimmungen gekommen: vier Gouverneure der loyalen, sogenannten »systemischen« Opposition hatten in Chakassien, Omsk, Orjol sowie Wladimir unerwartet Wahlerfolge erzielt. Der Ausgang des *Einheitlichen Wahltags* 2023 wiederum kam für Beobachter:innen wenig überraschend. Angaben der Zentralen Wahlkommission zufolge siegten bei den Gouverneurswahlen mit der Ausnahme von Chakassien alle vom Regime unterstützten Gouverneure, in Moskau wurde Bürgermeister Sergej Sobjanin im Amt bestätigt. In Regional- und Stadtparlamenten erlangte die Regimepartei *Einiiges Russland* die Mehrheit der Mandate, wobei sie ihre Anteile im Vergleich zum *Einheitlichen Wahltag* 2018 merklich vergrößerte.

Der Wahlkampf, der selbst für Russlands autoritären Kontext bemerkenswert unauffällig und in manchen Regionen kaum vorhanden war, und die Wahlen selbst fanden wie auch im Vorjahr unter äußerst repressiven Bedingungen statt. Hierzu gehört die massive Einschränkung des Versammlungsrechts, faktische Kriegszensur und die Kriminalisierung von öffentlich geäußertem Dissens insbesondere in Bezug auf Russlands Kriegshandlungen in der Ukraine. Die wichtigsten Vertreter:innen der Anti-Regime-Opposition sind im Exil, inhaftiert oder unter Hausarrest. Einzig Kandidat:innen der sozialliberalen demokratischen Partei *Jabloko*, die seit 2003 nicht mehr im nationalen Parlament vertreten, aber in einigen Regionen noch auf lokaler Ebene aktiv ist, beteiligten sich an Kommunalwahlen. Obwohl die öffentliche Äußerung von Anti-Kriegs-Positionen strafrechtlich verfolgt wird und zahlreiche Mitglieder seit Anfang 2022 repressiert wurden, stand die Wahlkampagne der Partei unter dem Motto »Für Frieden!«. Damit war *Jabloko* nicht nur die einzige Partei mit einer pazifistischen Agenda, sondern auch die einzige, deren Wahlkampf den Krieg thematisierte. Alle anderen Parteien sparten die »militärische Spezialoperation« aus.

Beobachter:innen von der unabhängigen Wahlbeobachtungsgruppe *Golos*, die ihre Arbeit trotz verstärkter Repressionen gegen Mitarbeiter:innen und der jüngst erfolgten Verhaftung ihres Ko-Vorsitzenden Grigorij Melkonjanz fortsetzte, berichteten von stark gestiegenem Druck auf Kandidat:innen – sowohl der loyalen als auch regimekritischen – Opposition und Nötigungen zur Stimmabgabe. Sie dokumentierten unzählige Verstöße gegen das Wahlrecht (<https://golosinfo.org/en/articles/146608>). Die mehrtätige Stimmabgabe sowie die Internetabstimmung, die bislang nur vereinzelt getestet worden war und nun erstmals in 25 Regionen als Alternative zum Wahlzettel zur Verfügung stand, schufen mehr Möglichkeiten für Manipulationen, die Wäh-

ler:innen und Wahlbeobachter:innen immer schwieriger nachweisen können.

Dennoch blieben die historisch gewachsenen, regionalen Differenzen im Grad des – insgesamt stark begrenzten – politischen Pluralismus und der Fairness der Wahlen auch 2023 sichtbar. Während die Regimepartei *Einiges Russland* in den als elektorale »Sultanate« geltenden Föderationssubjekten wie Baschkortostan und der Oblast Kemerowo nach Parteilisten laut Wahlkommission knapp 70 Prozent der Stimmen erhielt, kam sie in vergleichsweise pluralistischeren Regionen wie Jaroslawl und im Autonomen Kreis der Nenzen auf lediglich 44 bis 47 Prozent.

Ein Beispiel für eine Region mit mehr politischem Wettbewerb ist auch die Republik Chakassien in Sibirien. Sie ist eine der vier Föderationssubjekte, in denen 2018 Gouverneure gewählt wurden, die der »systemischen« Opposition angehörten. Das Regionaloberhaupt Chakassiens, der Kommunist Walentin Konowalow, gab im Unterschied zu seinen drei Amtskollegen sein Amt trotz Behinderungen durch die Zentralregierung nicht auf. Diese schickte 2023 mit Sergej Sokol einen Konkurrenten von *Einiges Russland* ins Rennen, dem Umfragen zuletzt eine Niederlage vorausgesagt hatten. Wenige Wochen vor der Wahl zog er unter Angabe von Gesundheitsgründen seine Kandidatur zurück und verhinderte somit vorab ein Überraschungsergebnis an der Wahlurne; Konowalow gewann im ersten Wahlgang. Auch bei den regionalen Parlamentswahlen hob sich Chakassien hervor: als einzige Region, in der *Einiges Russland* nach der *Kommunistischen Partei* (39 Prozent) nur auf dem zweiten Platz (36 Prozent) landete. Gleichwohl erzielte die Regimepartei dank ihrer Direktmandate die Mehrheit der Parlamentssitze.

Lokalwahlen sind meist pluralistischer als jene auf regionaler Ebene. Ab der zweiten Hälfte der 2010er Jahre hatten oppositionelle Politiker:innen und Aktivist:innen vermehrt Wege in die kommunale Politik gesucht. Im Gegensatz zu den immer stärker kontrollierten nationalen und regionalen Wahlen bot die lokale Ebene Chancen für elektorale Erfolge der Anti-Regime-Opposition und entwickelte sich in einigen Regionen zu einer Arena aktiven politischen Wettbewerbs. Auch beim *Einheitlichen Wahltag* 2023 blieb die kommunale Ebene die einzige Möglichkeit für regimekritische Kandidat:innen, an Wahlen teilzunehmen. So gelang der Partei *Jabloko* trotz ihrer pazifistischen Agenda der Einzug in die Stadträte der Regionalhauptstädte Welikij Nowgorod und Jekaterinburg sowie in die Vertretungskörperschaften dreier kleinerer Städte.

Seit 2021 und mit noch größerem Nachdruck seit Kriegsbeginn hat das Regime die Spielräume auch auf kommunaler Ebene weiter verengt. In den sibirischen Städten Tomsk und Nowosibirsk, die 2020 bei Stadt-

ratswahlen durch ungewöhnliche Oppositionserfolge auffielen, wurden Ende 2022 bzw. Anfang 2023 die direkten Bürgermeisterwahlen abgeschafft und einigen regimekritischen Abgeordneten das Mandat entzogen. Bei Lokalwahlen sahen sich alternative Kandidat:innen mit wiederholten Einschränkungen des passiven Wahlrechts und politisch motivierten Wahlausschlüssen konfrontiert. Somit agierte das Regime selbst bei der Zulassung zu Kommunalwahlen zunehmend restriktiver.

Wahlen unter Kriegsbedingungen und ihre Funktionen

Warum aber macht sich das Regime überhaupt die Mühe, Wahlen – zumal unter Kriegsbedingungen – abzuhalten? Welche Rolle spielen dabei subnationale Wahlen? Es gehört zur Strategie der politischen Führung, am regulären Wahlkalender selbst in der aktuellen Kriegssituation festzuhalten. Dadurch soll der Eindruck von Alltag und Normalität bei innenpolitischen Fragen wie Wahlen suggeriert werden. Zweitens sind Wahlen für das Regime von Bedeutung, weil sie Auskunft über seine Fähigkeit geben, die Bevölkerung zu mobilisieren und elektorale Mehrheiten zu organisieren. Sie erlauben es dem Regime, die Loyalität und Disziplin regionaler und lokaler Eliten sowie des administrativen Personals zu überprüfen, was sie zum »Testlauf« für die im März 2024 geplanten Präsidentschaftswahlen macht. Drittens dient die prozedurale Bestätigung der Mandatsträger:innen durch das Elektorat als Legitimationsritual gegenüber der Bevölkerung.

Welch große Bedeutung das Regime seiner elektoralen – oder vielmehr: plebiszitären, d. h. durch Abstimmungen über bereits getroffene Entscheidungen anstelle aus ergebnisoffenem Wettbewerb hervorgehenden, – Legitimation beimisst, spiegelt sich darin wider, dass 2023 ebenfalls Wahlen in den von Russland annektierten ukrainischen Regionen Donezk, Luhansk, Saporischja und Cherson abgehalten wurden, wenngleich dort Kriegsrecht herrscht. Sie waren im September 2022 infolge völkerrechtswidriger »Referenden« in die Föderation »aufgenommen« worden, obwohl sie nur partiell von Russland kontrolliert werden. Im Mai 2023 hatte Präsident Putin ein Gesetz unterzeichnet, das Wahlen auch in Territorien erlaubt, in denen das Kriegsrecht gilt. Zuvor waren Wahlkämpfe und Abstimmungen unter solchen Bedingungen nach russischem Recht verboten. Die Grenzen der Gebiete, auf denen Russland angab, die Wahlen abzuhalten, waren ebenso unklar wie die Wähler:innenlisten. Gewählt wurde in mobilen und teilweise extraterritorialen, d. h. außerhalb der annektierten Gebiete, in Russland befindlichen, Wahllokalen und unter Präsenz bewaffneter Soldaten. Der Wahlprozess war intransparent und unabhängige Wahlbeobachtung von außen unmöglich. *Einiges Russland* erhielt den

Angaben der Zentralen Wahlkommission zufolge in den vier Territorien zwischen 74 und 83 Prozent der Stimmen. An den Wahlen beteiligen durften sich nur die fünf in der Staatsduma vertretenen Parteien, wobei ausschließlich über Parteilisten gewählt wurde. Die Namen der Kandidat:innen wurden vorab nicht veröffentlicht, womit die Wahlen Parallelen zu den ersten subnationalen Wahlen auf der annektierten Krim im Jahr 2014 aufwiesen. Damit wird ein vierter Zweck des *Einheitlichen Wahltags 2023* deutlich: die Bekräftigung von Russlands Anspruch auf die besetzten ukrainischen Territorien und ihre formale Integration in den rechtspolitischen Raum des Landes.

Regionale Differenzen: humanitäre Kosten und ökonomische Auswirkungen des Krieges

Während die Wahlen und ihre Ergebnisse das Bild einer Alltäglichkeit in Russlands Regionen suggerieren, hat der Krieg für die Föderationssubjekte durch die Mobilmachung von Soldaten, die Emigration junger Arbeitskräfte und die Folgen westlicher Wirtschaftssanktionen spürbare Auswirkungen. Diese sind aber regional sehr unterschiedlich ausgeprägt.

Besonders deutlich wird dies bei der Verteilung der menschlichen Kosten des Krieges. Unter den seit Anfang 2022 mobilisierten Streitkräften ist der Anteil ethnischer Minderheiten und Menschen aus ökonomisch weniger wohlhabenden Regionen und ländlichen Gebieten überproportional hoch. Dort stellt sich der Vertragsdienst in der Armee als vergleichsweise attraktive wirtschaftliche und soziale Aufstiegschance dar. In dicht besiedelten und ökonomisch prosperierenden Städten wie Moskau und St. Petersburg hingegen rekrutierte die Armee wenig, was auch im Zusammenhang mit einem höheren Protestpotenzial in den Metropolen zu sehen ist (<https://stories.media/stories/2022/10/05/kakie-regioni-otdali-bolshe-vsego-muzhchin-na-voynu>).

Dieses Muster bei der Mobilmachung von Soldaten spiegelt sich auch bei den Verlustzahlen wider. Zwar werden offizielle Zahlen zur regionalen Verteilung gefallener Soldaten nicht veröffentlicht und das wahre Ausmaß der Verluste durch die russischen Behörden verschleiert. Es liegen jedoch journalistische und wissenschaftliche Auswertungen von öffentlich zugänglichen Daten wie lokalen Pressemitteilungen und sozialen Medien vor. Diese legen nahe, dass unter den 2022 im Krieg gefallenen Soldaten der russischen Armee ärmere Bevölkerungsgruppen und ethnische Minderheiten wie Burjaten und Tuwiner überproportional stark vertreten sind. Regionale und ethnische Unterschiede in der Sterblichkeit korrelieren stark mit sozioökonomischen Unterschieden. So ist die militärische Sterblichkeitsrate bei

Soldaten aus ärmeren Gebieten in Sibirien und dem Fernen Osten am höchsten, für Mobilisierte aus Moskau und St. Petersburg hingegen besonders niedrig (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/429/sterblichkeit-russischer-soldaten-in-der-ukraine-sterben-angehoerige-ethnischer-minderheiten-wirklich-aeufiger/>).

Regionale Unterschiede lassen sich auch bei den Auswirkungen des Krieges auf die Wirtschaft beobachten. Der Wirtschaftsgeografin Natalja Subarewitsch zufolge verzeichneten ökonomisch entwickelte, stärker in die Weltwirtschaft integrierte Föderationssubjekte seit Kriegsbeginn höhere Verluste als strukturschwache und periphere Regionen. Besonders betroffen waren Föderationssubjekte mit einem hohen Anteil sanktionierter Industrien, darunter die auf Holzverarbeitung spezialisierten Regionen im Nordwesten und solche mit ausgeprägter Automobilproduktion, aus denen sich ausländische Unternehmen zurückzogen, wie etwa Kaluga und Kaliningrad. Dort kam es in der verarbeitenden Industrie von Januar bis April 2023 zu Einbrüchen von 16 bis 17 Prozent. Der landesweite Rückgang der Rohstoffindustrie war insbesondere in den ölproduzierenden Regionen Sibiriens (Krasnojarsk, Irkutsk, Tomsk, minus sechs Prozent) und in Russlands bedeutendster gasproduzierender Region, dem nördlich gelegenen Autonomen Kreis der Jamal-Nenzen spürbar, wo sich der Negativtrend nach dem Wegfall der meisten Gasexportmärkte fortsetzte (minus acht Prozent).

Den meisten Regionen hingegen gelang es, sich im zweiten Jahr des Angriffskrieges auf die veränderten Rahmenbedingungen einzustellen. Zum Wachstumsmotor wurden dabei insbesondere die staatlichen Ausgaben für den Rüstungssektor. So verzeichneten Föderationssubjekte mit einer hohen Konzentration von Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes, darunter im Ural, in der Wolgaregion und in Zentralrussland im Zeitraum von Januar bis April 2023 Wachstumsraten in der Industrieproduktion von zehn bis 21 Prozent. Zu den ökonomischen »Profiteuren« der Kriegswirtschaft gehören zudem Regionen, die an die Besatzungs- und Konfliktzonen angrenzen. Sie verbuchen infolge kriegslogistischer Erfordernisse hohe staatliche Investitionen und ein außergewöhnlich hohes Wachstum in der Bauwirtschaft. Zu Zuwächsen im hohen zweistelligen Bereich kommt es in diesem Sektor auch in fernöstlichen Regionen entlang der *Transsibirischen Eisenbahn*, was durch die Umleitung verschiedener Warenströme auf asiatische Märkte und die damit verbundene Ausweitung der logistischen Infrastruktur bedingt ist.

Der Krieg hat die regionalen Haushalte durch zusätzliche Ausgaben wie die Auszahlungen an Mobilisierte und die Versorgung ukrainischer Bürger:innen, die nach Russland geflohen sind oder verschleppt wur-

den, neuen Belastungen ausgesetzt. Sie sind noch stärker als zuvor von Subventionen aus dem föderalen Haushalt abhängig. Zusätzlich haben auf Anordnung der Präsidialadministration über 40 Regionen die Schirmherrschaft für Gemeinden und Städte in den annektierten Territorien übernommen und beteiligen sich an Wiederaufbaukosten, entsenden Baumaterial, Ausrüstung sowie Arbeiter:innen und Verwaltungsangestellte. Seit Kriegsbeginn wurden den Gouverneur:innen neue Zuständigkeiten aufgebürdet wie etwa die Mobilmachung und Ausrüstung der Streitkräfte, die Versorgung von Hinterbliebenen und die Aufrechterhaltung der lokalen Wirtschaft. Damit verbunden sind neben den monetären Kosten auch eventuelle Reputationsverluste in der Rolle als Krisenmanager:innen. Stärker als zuvor tragen die Gouverneur:innen aber vor allem die persönliche Verantwortung für die soziale und politische Stabilität in ihren Regionen. Die Integration der regionalen Eliten in die »Machtvertikale« des Präsidenten und ihre politische Abhängigkeit von Putin gewährleistet nach Ansicht von Irina Busygina und Michail Fillipow, dass sie ein ebenso großes Interesse am Fortbestand des aktuellen Regimes haben wie Putin selbst.

Für beträchtliche Teile der Bevölkerung hat sich die finanzielle Situation 2023 im Vergleich zum Vorjahr verbessert. Dies ist eine Folge der Ausweitung von Sozialtransfers an einkommensschwache Familien, der Erhöhung von Mindestlöhnen und Renten sowie der Zahlungen von Wehrgeld und Hinterbliebenenrenten, wovon hauptsächlich ärmere und ländliche Gebiete profitierten. Nachdem die Realeinkommen im Jahr 2022 um 1,4 Prozent (inflationsbereinigt) geschrumpft waren, legten sie laut der russischen Statistikbehörde *Rosstat* im ersten Halbjahr 2023 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,9 Prozent zu. Die größten Anstiege verzeichneten weniger wohlhabende Regionen und solche mit einer ausgeprägten Rüstungsindustrie. Zur positiven Entwicklung der Realeinkommen trug auch die historisch niedrige Arbeitslosenquote von drei Prozent (Stand: Juli 2023) und ein spürbarer Personalmangel auf vielen regionalen Arbeitsmärkten bei. Dieser ist teilweise der demografischen Entwicklung geschuldet und wurde durch die Mobilmachung von Streitkräften und die Abwanderung Hunderttausender Bürger:innen im erwerbsfähigen Alter seit 2022 maßgeblich verschärft. Ökonom:innen stufen diesen Arbeitskräftemangel als zentrales Hindernis für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Russlands ein. Infolge des Fachkräftemangels kam es in einigen Branchen, insbesondere im militärisch-industriellen Komplex, zu überdurchschnittlichen Lohnsteigerungen, die wiederum die Erhöhung der Realeinkommen und damit das Gefühl beförderten, einem normalen Alltag nachzugehen.

Die wirtschaftliche Entspannung und Anpassung an die neuen Lebensumstände spiegelt sich auch im Konsumverhalten wider: Bereits seit Ende 2022 beschleunigte sich die Erholung im Gastronomiesektor und auch die Vergabe von Konsum- und Hypothekenkrediten stieg seit dem Frühjahr 2023 erneut an. Daraus lässt sich eine ökonomische Erklärung für das Ausbleiben sichtbarer Unzufriedenheit in der Gesellschaft ableiten.

Lokale Konflikte – lokaler Protest

Wie steht es um die Protestaktivität in Russlands Regionen? Nach der gewaltsamen Unterdrückung der Anti-Kriegs-Kundgebungen in den ersten Wochen nach Russlands Vollinvasion in die Ukraine am 24. Februar 2022 sowie der »Teilmobilmachung« im September 2022 blieben größere Demonstrationen aus. Infolge der durch Repressionen gestiegenen Kosten für öffentlichen Dissens findet Protest gegen den Krieg primär symbolische und subtilere Ausdrucksformen. Dazu gehörten die »Blumenproteste« Anfang 2023: in über 70 Städten legten Menschen Blumen, Kerzen und Spielzeug an Orten mit Ukraine-Bezug nieder, um an die Todesopfer des russischen Angriffs auf die ukrainische Stadt Dnipro zu gedenken.

Proteste im Zusammenhang mit dem Einmarsch in die Ukraine machten der Analyse von Katerina Tertychnaya zufolge im Zeitraum zwischen Januar 2022 und Februar 2023 etwa drei Viertel aller Proteste aus. 15 Prozent davon fanden in Russlands ethnischen Republiken statt, in denen es insbesondere nach der im September 2022 ausgerufenen Teilmobilmachung vermehrt zu Protestaktionen kam. Eine Auswertung geleakter Daten der Medienaufsichtsbehörde *Roskomnadzor* zu Protesten im Jahr 2022 legt nahe, dass über die Hälfte der Protestaktionen als Mahnwachen oder stummer Einzelprotest mit Plakaten oder symbolischen Gegenständen stattfanden (<https://istories.media/en/stories/2023/03/22/there-arent-protests-in-russia-yet-roskomnadzor-found-them>). Für die landesweite Öffentlichkeit bleiben solche Aktionen des stillen Widerstands meist unbemerkt.

Das verbleibende Viertel an Protesten im Zeitraum Januar 2022 bis Februar 2023 bezog sich laut Tertychnaya auf ökologische, sozioökonomische und die lokale Infrastruktur betreffende Anliegen. Im Vergleich zu den Anti-Kriegs-Protesten reagierten die Behörden darauf wie auch in den Vorjahren um ein Vielfaches toleranter. Dies erklärt auch, dass Menschen in den Regionen weiterhin auf die Straße gehen, um ihren Unmut in lokalen Angelegenheiten kundzutun. So versammelten sich im Frühjahr dieses Jahres im sibirischen Nowosibirsk Hunderte Menschen im Protest gegen den Bau von Müllverbrennungsanlagen, während Beschäftigte im an der Wolga gelegenen Autowerk Uljanowsk durch Arbeitsniederlegungen im Mai 2023 eine Lohnerhöhung erwirk-

ten. Im nordkaukasischen Dagestan kam es im August wegen anhaltender Strom- und Wasserausfällen zu wiederholten Straßenblockaden und mehrtägigen Protesten, an denen sich mehrere Hundert Menschen beteiligten.

Auch perspektivisch ist davon auszugehen, dass Proteste in Kommunen und Regionen eher durch lokale Konflikte als durch den Widerstand gegen den Krieg selbst ausgelöst werden. Eine Ausweitung lokaler Aktionen in überregionale Protestbewegungen bleibt aufgrund fehlender Vernetzung und Organisationsstrukturen wenig wahrscheinlich. Zudem hat die patriotische Mobilisierung der Bevölkerung durch den Krieg den Zusammenschluss um Putin verstärkt, was sich in der weiterhin

hohen, wenngleich leicht abnehmenden, gesellschaftlichen Unterstützung für die »militärische Spezialoperation« widerspiegelt (zur Interpretation von Umfragen im Krieg s. die Russland-Analysen Nr. 430: <https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/430/>).

18 Monate nach Kriegsbeginn und fünf Monate vor den anstehenden Präsidentschaftswahlen scheint sich in den Regionen trotz der Auswirkungen des Krieges, die die Föderationssubjekte in unterschiedlicher Weise treffen, eine Anpassung an die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen als auch die neue Realität unter Kriegsbedingungen vollzogen zu haben.

Über die Autorin

Julia Baumann (M.A.) ist Doktorandin am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft an der LMU München. Sie forscht zu Wahlen und zur Opposition in Russland. Im Herbst 2023 erschien das von ihr und Petra Stykow verfasste Studienbuch »Das politische System Russlands« im Nomos-Verlag (<https://www.nomos-shop.de/nomos/titel/das-politische-system-russlands-id-98207/>).

Lesetipps/Bibliographie

- Bessudnov, Alexey (2023): Ethnic and regional inequalities in Russian military fatalities in Ukraine: Preliminary findings from crowdsourced data. In: *Demographic Research* 48, 883–898. <https://www.demographic-research.org/volumes/vol48/31/48-31.pdf>.
- Busygina, Irina/Filippov, Mikhail (2023): Regional Governors, Moscow, and the War. In: *Russian Analytical Digest* No. 295, 2–5. <https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/RAD295.pdf>.
- Stykow, Petra/Baumann, Julia (2023): Das politische System Russlands, Baden-Baden: Nomos. Siehe insbesondere Kapitel 3.4: Föderalismus vs. »Machtvertikale«: Die Integration der Regionen.
- Tertychnaya, Katerina (2023): Russian Protests Following the Invasion of Ukraine. *PONARS Eurasia Policy Memo* No. 841. https://www.ponarseurasia.org/wp-content/uploads/2023/04/Pepm841_Tertychnaya_April2023.pdf.
- Vyushkova, Mariya/Sherkhonov, Evgeny (2023): Russia's Ethnic Minority Casualties of the 2022 Invasion of Ukraine. In: *Inner Asia* 25: 1, 126–136. https://brill.com/view/journals/inas/25/1/article-p126_11.xml?language=en&ebody=pdf-67975.
- Zubarevich, Natalya (2023): Special Military Economic Geography: Changes in the Russian Economy by Region. *Re:Russia*, 13.06.2023. <https://re-russia.net/en/expertise/080/>.

Das digitale Kräftemessen: Russische Wahlen im Spiegel der Digitalisierung

Kristin Eichhorn (TH Wildau)

DOI: 10.31205/RA.441.02

Zusammenfassung

Wahlen in Russland entsprechen nicht den Standards demokratischer Mehrparteienwahlen. Das Regime bedient sich regelmäßig und in umfangreichem Maß eines Menüs autoritärer Wahlmanipulationen. Die Möglichkeiten der Digitalisierung stellen in diesem Kontext ein zweischneidiges Schwert dar. Einerseits wird durch digitale Stimmabgabe ermöglicht, Wahlbetrug zu verschleiern. Andererseits können auch oppositionelle Kräfte digitale Mittel nutzen, beispielsweise um Unregelmäßigkeiten im Wahlprozess zu dokumentieren. Die Gouverneurswahlen 2022 und 2023 demonstrieren, dass derzeit das Regime die Oberhand in diesem digitalen Kräftemessen behält.

Ambivalenzen der Digitalisierung in Autokratien

Das Internet wurde einst als Technologie der Liberalisierung gefeiert. Besonders die schnelle Kommunikation und der freie Informationszugang stehen im direkten Widerspruch zur autokratischen Herrschaftsweise. Allerdings erkannten Autokraten schnell, dass sie sich der digitalen Revolution nicht verschließen können. Stattdessen begannen Sie, die Technologie strategisch zu nutzen und die autoritären Regime für das digitale Zeitalter fit zu machen. Der »digitale Autoritarismus« ist nicht allein auf Kontrolle und Überwachung begrenzt, sondern schafft auch neue Legitimationsgrundlagen der autokratischen Herrschaftsweise. So unternehmen autoritäre Regime durchaus Anstrengungen, die Effizienz der Bürokratie durch digitale Transformation zu steigern und Bürger:innen moderne E-Government-Anwendungen zu bieten.

Regimekritische Kräfte können jedoch auch digitale Technologien für ihre Zwecke einsetzen. Der freie Zugang zu Informationen und die neuen Kommunikationsmöglichkeiten haben in einigen Fällen entscheidend dazu beigetragen, dass Protestbewegungen entstanden sind und anschließend Regimetransformationen begünstigt wurden. Soziale Medien und Messengerdienste ermöglichen kostengünstige, unmittelbare Kommunikation und Vernetzung. Durch die Nutzung von VPN-Diensten kann dies häufig auch außerhalb des Zugriffs staatlicher Kontrolle stattfinden. Hierdurch können verschiedenste Arten von Informationen verbreitet werden: Anhand von Videos können beispielsweise Gewaltexzesse autokratischer Regime und Verstöße gegen Menschenrechte dokumentiert oder sogar live gestreamt werden. Blogs und Wikis ermöglichen die Bereitstellung umfangreicher Berichte und Daten. Hierdurch können nicht nur innerhalb eines Landes Menschen mobilisiert, sondern auch internationale Aufmerksamkeit und Unterstützung erzeugt werden.

Auch in Russland lässt sich dieser digitale Widerstreit beobachten. Die russische Gesellschaft ist in hohem Maße digital vernetzt. Laut Angaben der Weltbank nutzen im Jahr 2021 bereits 88 Prozent der russischen Bevölkerung das Internet. Dieser Wert liegt um 25 Prozentpunkte über dem globalen Durchschnitt. Bereits in den frühen 2000er Jahren begann die russische Regierung in einem langwierigen Prozess parallel zur Verwaltungsreform, eine umfassende E-Government-Strategie umzusetzen. Dadurch wurde die Kommunikation zwischen Staat und Bürger:innen erheblich vereinfacht. Daraufhin gaben Nutzer:innen in Umfragen an, dass sie mit den E-Governmentanwendungen sehr zufrieden seien (https://vgmu.hse.ru/data/2021/06/10/1442527761/9_Bloc_Engl_1_5_2021.pdf). Zufriedenheit mit digitalen staatlichen Dienstleistungen kann zu einer gesteigerten Legitimationswahrnehmung beitragen. Gleichzeitig machen die oppositionellen Kräfte in Russland von den Möglichkeiten des Internets intensiven Gebrauch. Alexej Nawalnyjs Präsidentschaftswahlkampf im Jahr 2018 ist hierfür ein herausragendes Beispiel.

Dieses digitale Kräftemessen zwischen autokratischen Regimen und regimekritischen Kräften tritt besonders im Kontext von Wahlen deutlich hervor. Das Regime kann durch die Einführung von Internetwahlen seinen Legitimationsanspruch stärken, indem es behauptet, ein inklusiveres System zu schaffen. Gleichzeitig entsteht eine undurchsichtige »Black Box«, in der Wahlmanipulationen verschleiert werden können. Regimekritische Kräfte wiederum können digitale Plattformen nutzen, um Transparenz herzustellen.

Die Digitalisierung der russischen Wahlen

Der Kreml führte die Abstimmung über das Internet bei den Regionalwahlen im Jahr 2019 zum ersten Mal im Rahmen eines Experiments ein. Bei den Wahlen zur Moskauer Stadtduma hatte die Bevölkerung die Möglichkeit, online über eine eigens von der Moskauer

Stadtregierung programmierte Plattform abzustimmen. Bereits im Vorfeld der Wahl deckten Haktivist:innen schwerwiegende Sicherheitsmängel bei der Datenverschlüsselung des Abstimmungssystems auf. Zudem ist bei Internet-Wahlen die fehlerfreie Identifikation berechtigter Nutzer:innen mit ernstzunehmenden Problemen behaftet. Eine alternative Herangehensweise wurde 2019 und 2020 bei weiteren Regionalwahlen erprobt. Wähler:innen, die sich am Wahltag nicht an Ihrem Wohnort befanden, konnten in sogenannten Wahlkiosken ihre Stimme digital abgeben. Diese Lösung behebt die Probleme bei der digitalen Identifikation, da Wähler:innen sich vor Ort mit ihrem Pass ausweisen können. Allerdings richtete nur die Stadt Moskau Wahlkioske ein, der Kreis der möglichen Nutzer:innen war somit von vorn herein schon sehr eingeschränkt. Ella Pamfilowa, die kremltreue Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, bezeichnete diese Experimente bei der Internet-Abstimmung bereits Anfang 2021 als »digitalen Durchbruch« (<http://cikrf.ru/news/cec/48675/>).

Inzwischen steht die plattformbasierte Durchführung der »elektronischen Fernabstimmung« (Distanznojje Elektronnojje Golosowanije (DEG, so die Bezeichnung im Russischen)) allen Regionen offen, wobei nicht alle Regionen die DEG sofort als Wahlalternative ermöglichen. 2022 stand die DEG bei vier von 14, 2023 bei sieben von 20 Gouverneurswahlen zur Verfügung. Während nur vereinzelt Wähler:innen das Kiosk-System nutzten (durchschnittlich waren es 763 registrierte Nutzer pro Gouverneurswahl einer Region), ist die DEG sehr beliebt. Ab 2022 registrierten sich im Durchschnitt für jede Gouverneurswahl 86.236 Wähler:innen für die DEG. 2023 war in einigen Regionen die Zahl der registrierten Nutzer:innen bei der Internet-Abstimmung höher als im größten Wahlkreis der entsprechenden Region (zum Beispiel in Moskau und der Region Altaj).

Da die Online-Abstimmung immer größere Verbreitung findet, lässt sich die Verteilung der bei der DEG abgegebenen Stimmen mit den konventionell abgegebenen Stimmen in einer Region vergleichen. Im Durchschnitt sind die Abweichungen minimal; größere Abweichungen sind selten und suggerieren somit Vertrauenswürdigkeit der Daten. Die deutlichsten Unterschiede zwischen den Stimmverteilungen der konventionellen Wahlkreise und der DEG sind im Oblast Woronesh zu finden. Bei den diesjährigen Wahlen erhielt Alexander Gusjew, der Kandidat von *Einiges Russland*, über die DEG knapp 20 Prozentpunkte weniger Stimmen als im Durchschnitt der konventionell abgegebenen Stimmen. Die Anonymität der digitalen Stimmabgabe kann durchaus als Chance gewertet werden, gegen das Regime zu stimmen. Allerdings liegt es in der Hand des Regimes zu entscheiden, in welchem

Umfang dies zugelassen wird, oder ob Ergebnisse manipuliert werden.

Internet-Abstimmung und Wahlmanipulation

Russische Wahlen stehen in der Kritik, da sie nicht den demokratischen Standards entsprechen und von Manipulationen geprägt sind. Die meisten Medien sind staatlich kontrolliert, und der Kreml greift auf offensichtliche Formen des Wahlbetrugs zurück. Häufig kommt es zum sogenannten *ballot box stuffing*, bei dem Wahlurnen mit vorab ausgefüllten Wahlscheinen »vollgestopft« werden. Hierbei zeigt sich wiederum deutlich die Ambivalenz digitaler Hilfsmittel. Der Kreml führte Webcams in Wahllokalen ein, um Transparenz zu suggerieren. Damit kam Wahlbetrug ans Licht, der wiederum der Legitimität des Regimes schadete. Demgegenüber schafft das DEG-System eine virtuelle »Black Box«. Wie diese funktioniert und was darin bei Wahlen geschieht, bleibt Wahlbeobachter:innen oder Webcams verborgen. Die Internet-Wahl kann somit als neue, digitale Form des Wahlbetrugs eingesetzt werden. Wahlurnen mit ausgefüllten Wahlzetteln zu befüllen, ist eine offensichtliche Form des Wahlbetrugs, sie fällt schnell auf. Wahlfälschung mit der DEG ist dagegen viel unauffälliger, da Daten hier lediglich digital manipuliert werden. Der russische Wahlexperte Sergej Schpilkin bezeichnet die DEG bereits 2021 als ein Übel, das unabhängige Wahlbeobachtung nahezu unmöglich macht (<https://meduza.io/en/feature/2021/09/20/electronic-voting-must-die>).

Trotzdem gibt es Möglichkeiten, die »digitalen Fingerabdrücke« des Wahlbetrugs zu untersuchen. Dies ist anhand einer forensischen Analyse der Ziffern an bestimmten Stellen einer Zahl möglich. Gemäß dem *Benfordschen Gesetz* folgen die Ziffern in Datensätzen einer bestimmten Verteilung. Es besagt, dass die Ziffer an erster Stelle einer Zahl häufiger kleinere Ziffern wie »1« oder »2« enthält. Größere Ziffern wie »8« oder »9« treten seltener auf. Hierbei handelt es sich um keine esoterische Numerologie, sondern um eine empirische Darstellung der Tatsache, dass relativ gesehen große Einheiten seltener vorkommen als kleine. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Größe von Ortschaften: Während es sehr viele kleine Dörfer mit wenigen Einwohner:innen gibt, sind Metropolen selten. Dementsprechend kommen große Ziffern an erster Stelle auch seltener vor. Abweichungen von der erwarteten Ziffernverteilung deuten auf Unregelmäßigkeiten in der Datenerfassung hin.

Mithilfe dieser Methode können auch Wahldaten untersucht werden. Allerdings sind Wahlkreise auf eine bestimmte Größe normiert. Daher wird die Untersuchung der Ziffernhäufigkeiten auf die zweite Stelle der

Zahl verschoben. Anhand einer ersten Analyse der Gouverneurswahlen in Russland konnte ich bereits 2020 Anhaltspunkte einer veränderten Manipulationsstrategie aufzeigen: Bereits vor der Einführung der digitalen Stimmabgabe (also bei den Gouverneurswahlen zwischen 2012 und 2018) traten Unregelmäßigkeiten in den Ziffernverteilungen auf. Diese Unregelmäßigkeiten sind besonders deutlich in Jahren, in denen vor den Wahlen größere Protestwellen ausbrachen (2012, 2016, 2017). Allerdings verschoben sich die Unregelmäßigkeiten ab 2019 zum Teil in die Daten der digitalen Wahlkioske. Dies heißt nicht, dass in den konventionellen Wahlkreisen keine Manipulation stattfand, sondern lediglich, dass diese forensisch nicht sichtbar wird. Die Verhinderung des Zugangs zur Wahlarena für Kandidat:innen oder die Effekte manipulierter Medien können dadurch nicht abgebildet werden. Ein weiterer Anhaltspunkt für die veränderte Strategie, Wahlen zu manipulieren, ist, dass der Kreml den Zugang zu den Wahldaten merklich erschwerte. Vor einigen Jahren konnten die Wahlergebnisse noch relativ einfach von der Webseite der Zentralen Wahlkommission als Excel-Dateien heruntergeladen werden. Diese schränkte den Zugang jedoch schrittweise ein. Der Zugriff auf die Daten von außerhalb Russlands ist gesperrt, und die Informationen sind zwar optisch auf der Webseite der Zentralen Wahlkommission aufgelistet. Doch sind die Zeichen verschlüsselt und somit nicht mehr händisch oder automatisiert per Klick kopierbar, sie müssen mühsam manuell übertragen werden.

Zur Darstellung des Benfordschen Gesetzes werden hier zunächst die Zahlen der registrierten Wähler:innen in Wahlkreisen bei russischen Gouverneurswahlen zwischen 2012 und 2023 herangezogen. In Grafik 1 auf Seite 11 ist die Häufigkeit der Ziffern an der zweiten Stelle dargestellt. Dabei fällt auf, dass die Verteilung im Großen und Ganzen den erwarteten Mustern (dargestellt durch die gestrichelte Linie) entspricht. Kleine Abweichungen sind zwar erkennbar, jedoch handelt es sich dabei um statistische Schwankungen, die keine signifikanten Abweichungen von den erwarteten Werten darstellen.

Um Hinweise auf die potenziell geänderte Manipulationsstrategie zu erlangen, erfolgt eine Analyse der Stimmzahlen für die einzelnen Kandidat:innen bei unterschiedlichen Wahlmodi. Hierbei werden die Ergebnisse der Gouverneurswahlen in drei Gruppen unterteilt. Zunächst werden konventionelle Wahlen und Wahlen mit der Möglichkeit der »elektronischen Fernabstimmung« (DEG) unterschieden. Innerhalb der zweiten Gruppe werden zudem konventionelle Wahlkreise von digitalen Wahlkreisen unterschieden. Die Ergebnisse dieser Analyse sind in den Grafiken 2 bis 4 auf den Seiten 11–12 dargestellt.

Während die Verteilung bei den konventionellen Wahlen und in konventionellen Wahlkreisen eng am Erwartungswert liegt, treten deutliche Abweichungen in den digitalen Wahlkreisen der DEG auf. Dies ist jedoch größtenteils auf die geringere Anzahl an digitalen Wahlkreisen zurückzuführen, wodurch einzelne Abweichungen stärker ins Gewicht fallen. Daher wurde zusätzlich eine statistische Überprüfung durchgeführt. Was mit bloßem Auge nicht erkennbar ist: Die Abweichungen von der erwarteten Verteilung sind in allen drei Gruppen signifikant. Somit bestehen in allen Fällen Anhaltspunkte für Unregelmäßigkeiten in der Erfassung der Stimmen. Im Gegensatz zu meiner früheren Analyse sind nun die Unregelmäßigkeiten in der Verteilung der Häufigkeiten der Ziffern nicht auf den digitalen Raum konzentriert, sondern weiterhin auch in den konventionell durchgeführten Wahlen nachweisbar.

Diese Muster sind kein abschließender Beweis für Wahlfälschung, sie geben aber Hinweise auf Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung der Wahl und insbesondere bei der Erfassung der Stimmen. Um konkreten Betrug nachzuweisen, wären feinteiligere Untersuchungen der Ziffernverteilung in bestimmten Regionen und Wahlkreisen oder für bestimmte Kandidat:innen erforderlich. Dabei gerät die Benfordsche Methode aber an ihre Grenzen. Aufgrund der eingeschränkten Verfügbarkeit der Wahldaten können Teilanalysen derzeit noch nicht durchgeführt werden. Abhilfe schafft allerdings die Verbindung der Ergebnisse der forensischen Analyse mit qualitativen Berichten von Wahlbeobachter:innen.

Digitale Opposition und konventionelle Repression

Auch den regimekritischen Kräften stehen digitale Hilfsmittel zur Verfügung. Allerdings unterliegen auch sie einer steten Dynamik. Ein bemerkenswertes Beispiel hierfür sind die Bemühungen der Wahlbeobachtungsorganisation *Golos* (»Die Stimme«). *Golos* entstand zunächst als Verein. Dieser wurde bereits 2013 durch das Justizministerium als ausländischer Agent eingestuft. Infolgedessen wurde *Golos* als eine Bewegung neu gegründet, welche 2021 erneut zum ausländischen Agenten erklärt wurde.

Golos spielt eine entscheidende Rolle bei der Bewertung der Integrität von Wahlen in Russland und setzt dabei vorwiegend digitale Hilfsmittel ein. Die Bewegung engagiert sich in der Ausbildung von Wahlbeobachter:innen und stellt digitale Schulungsmaterialien wie zum Beispiel Videos zur Verfügung. Zudem werden anhand der sogenannten Karte des Wahlbetrugs (»Karta naruschenij wyborow«, <https://www.kartanarusheniy.org/>) auf einer Plattform Berichte über Verstöße gegen das Wahlrecht gesammelt. Dieses Prinzip des Crowd-

sourcing dient dazu, Wahlbetrug zu identifizieren und sichtbar zu machen.

Grafik 5 auf Seite 13 zeigt die Entwicklung dieser Berichte über Wahlbetrug auf regionaler Ebene seit der Wiedereinführung der Gouverneurswahlen im Jahr 2012. Seit 2013 gehen hier zu den regionalen Wahlen stets mehrere Hundert Berichte ein. Dies ist insbesondere für 2023 bemerkenswert, da das Regime gegenüber Wahlbeobachter:innen deutlich repressiver agierte. Im August dieses Jahres wurde Grigorij Melkonjan, der Ko-Vorsitzende von *Golos*, festgenommen und ist weiterhin in Untersuchungshaft. Nichtsdestotrotz konnten ausreichend Aktivist:innen mobilisiert werden, um Wahlrechtsverstöße zu dokumentieren.

Fazit

Gegenwärtig behält die russische Regierung im digitalen Kräfteressen die Oberhand. Die digitale Verschleierung von Wahlmanipulationen kann zur Legitimation des Regimes beitragen, während gleichzeitig digitale Opposition mit konventioneller Repression unterdrückt wird. Trotz dieser Umstände sind die digitalen Bemühungen der regimekritischen Kräfte von unschätzbarem Wert für die russische Öffentlichkeit und die Wissenschaft im Allgemeinen. Sie können künftig für die

Aufarbeitung der Verbrechen des Regimes an großer Bedeutung gewinnen.

Die Auseinandersetzung zwischen der Regierung und regimekritischen Gruppen im Bereich des Digitalen ist von ständiger Veränderung geprägt. Neue Technologien und digitale Hilfsmittel führen dazu, dass beide Akteursgruppen ihre Strategien ständig anpassen. Die zunehmende Digitalisierung der politischen Landschaft in autokratischen Regimen und die Schaffung digitaler Legitimationsnarrative bilden die Grundlage des sogenannten »digitalen Autoritarismus«. Derzeit ergänzen digitale Legitimationsnarrative die Legitimation durch nominell demokratische Mehrparteienwahlen. Allerdings wird die digitale Legitimation künftig weiter an Bedeutung gewinnen. Insbesondere die zunehmende Verfügbarkeit Künstlicher Intelligenz (KI) könnte zu grundlegenden Veränderungen führen. KI kann ausgenutzt werden, um staatliche Überwachungssysteme noch effizienter zu gestalten und Bürger:innen noch enghemmaschiger zu überwachen. Gleichzeitig könnten KI-gesteuerte Algorithmen zur Zensur und Kontrolle von Informationen eingesetzt werden, was die Repressionsmechanismen autokratischer Regime weiter verschärfen würde.

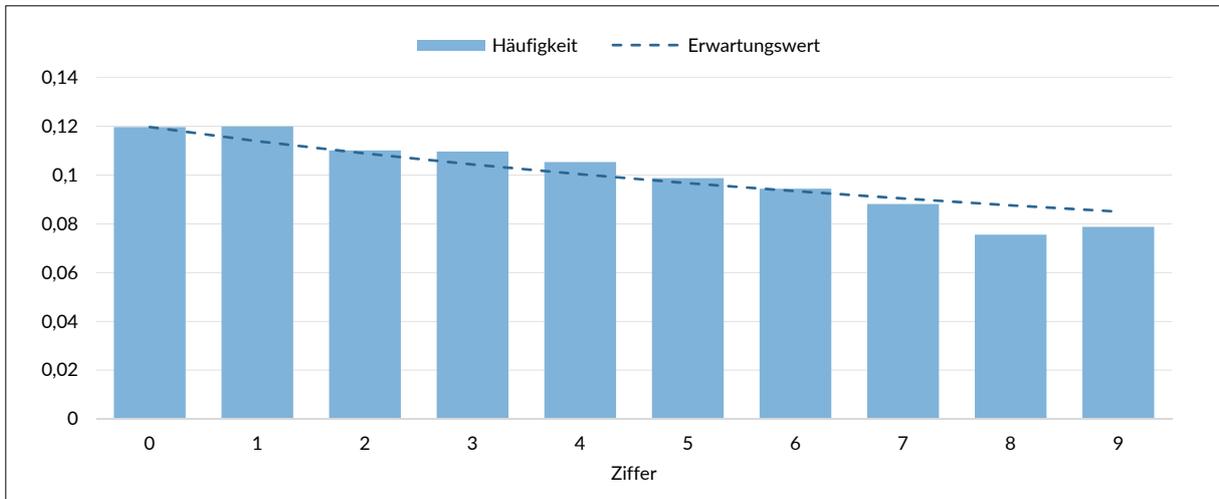
Über die Autorin

Kristin Eichhorn ist Mitarbeiterin der Technischen Hochschule Wildau. In Ihrer Doktorarbeit, die sie an der Technischen Universität Chemnitz verfasste, beschäftigte sie sich mit Funktions- und Wirkungsweisen nominell demokratischer Wahlen in autokratischen Regimen. Sie veröffentlichte unter anderem in den Fachzeitschriften *Political Studies*, dem *Journal of Elections, Public Opinion and Parties* und der *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*.

Lesetipps / Bibliographie

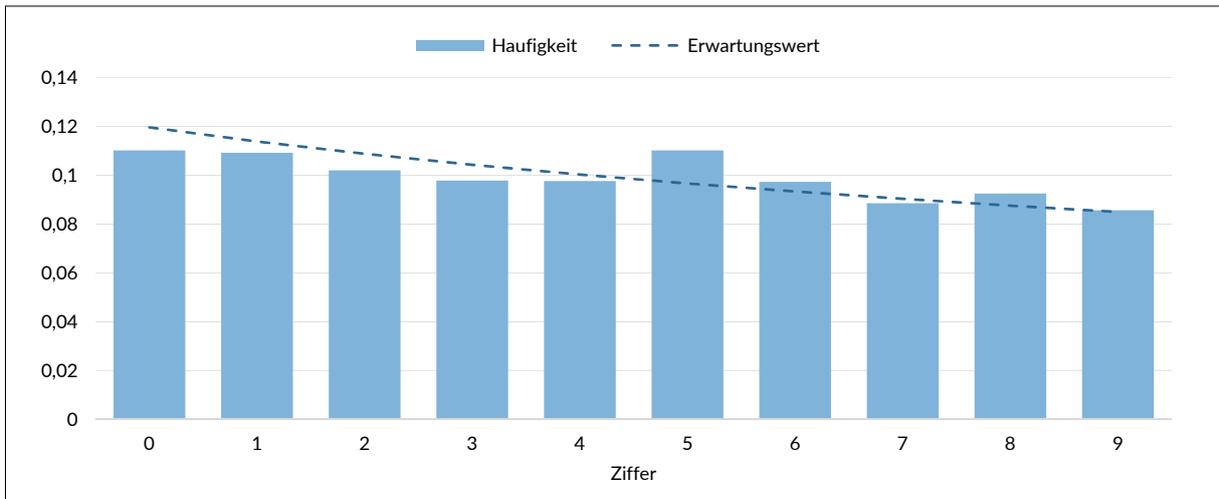
- Eichhorn, Kristin. 2022. Digitalization of the Menu of Manipulation: Electoral Forensics of Russian Gubernatorial Elections, in: *Demokratizatsiya: The Journal of Post-Soviet Democratization* 30: 283–304.
- Golos. 2023. Statement on the election observation results for the single voting day of September 10, 2023. Verfügbar unter: <https://golosinfo.org/en/articles/146608>.
- Gritsenko, Daria, und Mikhail Zherebtsov. 2021. E-Government in Russia: Plans, Reality, and Future Outlook, in: *The Palgrave Handbook of Digital Russia Studies*, Hrsg. Daria Gritsenko, Mariëlle Wijermars, und Mikhail Kopotev, 33–51. Cham: Springer International Publishing.
- Lonkila, Markku, Larisa Shpakovskaya, und Philip Torchinsky. 2021. Digital Activism in Russia: The Evolution and Forms of Online Participation in an Authoritarian State, in: *The Palgrave Handbook of Digital Russia Studies*, Hrsg. Daria Gritsenko, Mariëlle Wijermars, und Mikhail Kopotev, 135–153. Cham: Springer International Publishing.

Grafik 1: Verteilung der Häufigkeiten der Ziffer an zweiter Stelle. Registrierte Wähler:innen, 2012–2023



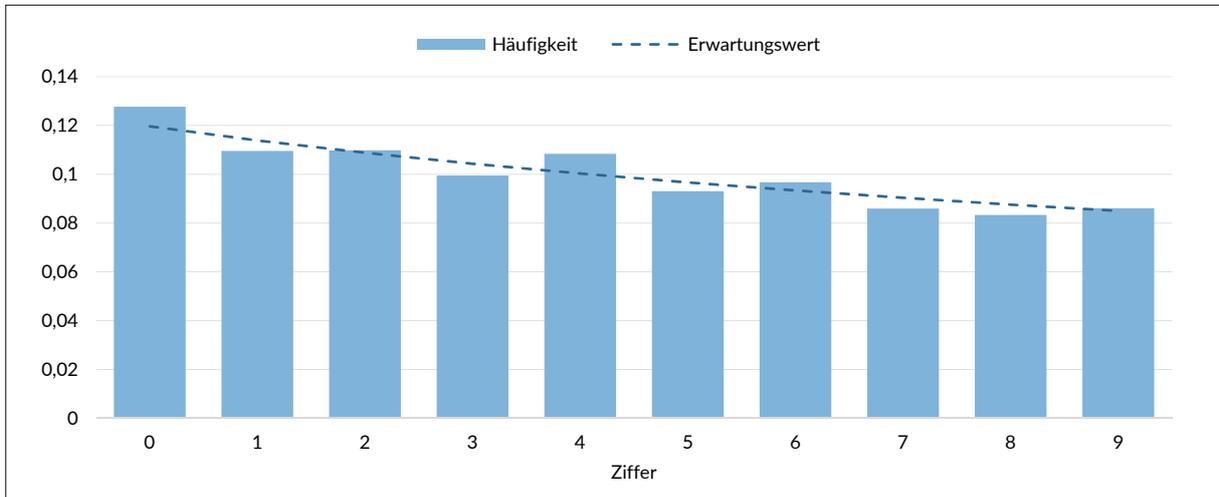
Quelle: Eigene Berechnung von Kristin Eichhorn basierend auf Daten der Zentralen Wahlkommission Russlands.

Grafik 2: Verteilung der Häufigkeiten der Ziffer an zweiter Stelle (konventionelle Wahl; keine elektronische Fernabstimmung möglich)



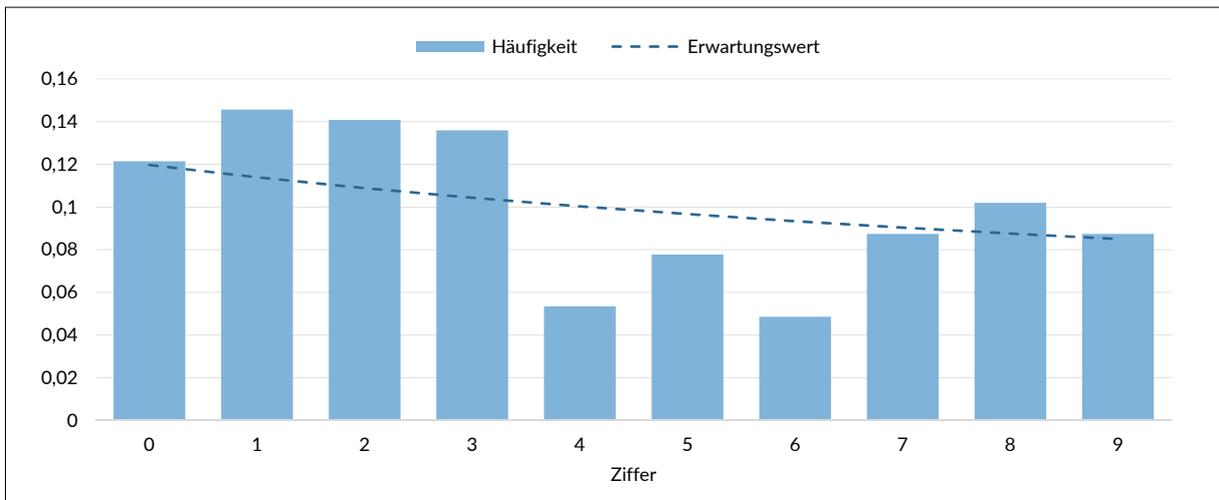
Quelle: Eigene Berechnung von Kristin Eichhorn basierend auf Daten der Zentralen Wahlkommission Russlands.

Grafik 3: Verteilung der Häufigkeiten der Ziffer an zweiter Stelle (konventionelle Wahlkreise bei Wahlen mit der Möglichkeit elektronischer Fernabstimmung)

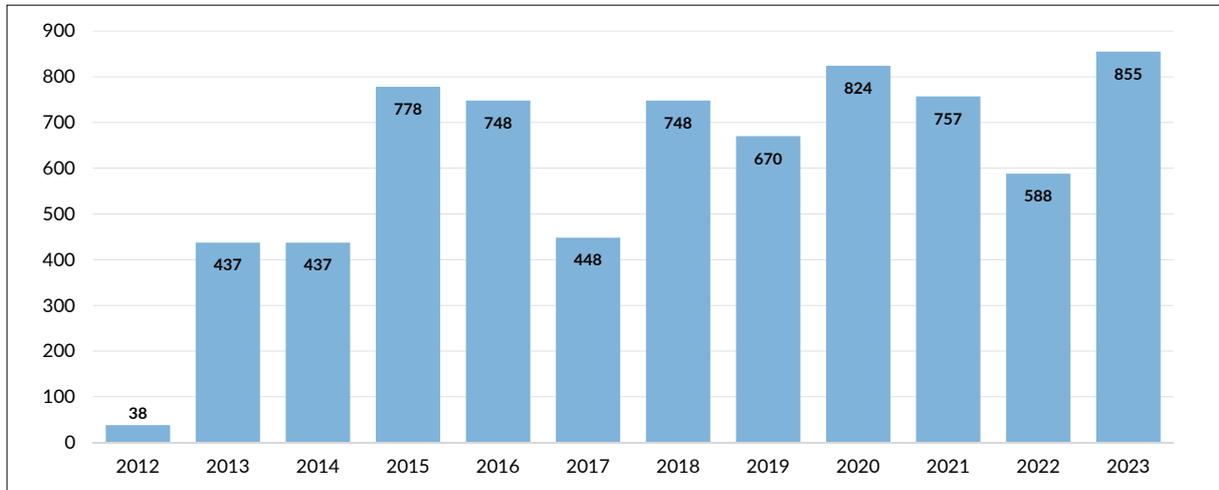


Quelle: Eigene Berechnung von Kristin Eichhorn basierend auf Daten der Zentralen Wahlkommission Russlands.

Grafik 4: Verteilung der Häufigkeiten der Ziffer an zweiter Stelle (Elektronische Fernabstimmung DEG)



Quelle: Eigene Berechnung von Kristin Eichhorn basierend auf Daten der Zentralen Wahlkommission Russlands.

Grafik 5: Zahl der Berichte zu Wahlbetrug auf regionaler Ebene

Quelle: Eigene Berechnung von Kristin Eichhorn basierend auf Daten der Wahlbeobachtungsorganisation Golos.

ANALYSE

Der regionale Blick. Medien in Tatarstan und Baschkortostan und Russlands Krieg gegen die Ukraine

Sebastian Cwiklinski (Freie Universität Berlin)

DOI: 10.31205/RA.441.03

Zusammenfassung

Der Beitrag analysiert die Berichterstattung über den Angriffskrieg gegen die Ukraine in den russischen Teilrepubliken Tatarstan und Baschkortostan, welche sich beide durch die starke Präsenz von turksprachigen Bevölkerungsgruppen auszeichnen. Die Medienanalyse ergab, dass die Berichterstattung Propagandafunktionen erfüllt. Die militärischen Freiwilligenverbände nehmen dabei eine zentrale Rolle ein.

Einleitung

Wie Russland offiziell über den Krieg gegen die Ukraine denkt, ist allgemein bekannt und lässt sich auch tagtäglich gut nachvollziehen. Anders sieht es hingegen mit der Frage aus, wie die offizielle Kreml-Politik in regionales Handeln umgesetzt wird – hier kann ein Rückgriff auf Stellungnahmen aus Moskau nicht weiterhelfen. Dieser Frage soll deshalb im Folgenden exemplarisch mit einem Blick auf die Medien der beiden russischen Teilrepubliken Tatarstan und Baschkortostan nachgegangen werden. Beide liegen im Wolga-Ural-Raum und sind durch ihren multinationalen Charakter gekennzeichnet. Es ist jedoch sinnvoll, sich vor einer Auseinandersetzung mit der Berichterstattung zum Angriffskrieg gegen die Ukraine über die Möglichkeiten und Gren-

zen einer Medienanalyse klar zu werden: In Russland gelten strenge Zensurgesetze, die Medien spiegeln die Haltung der Bevölkerung zum Krieg nicht wahrheitsgetreu wider – ganz im Gegenteil: Die Berichterstattung gleicht einer sorgfältig inszenierten Propaganda. Jedoch kann aber auch diese Propaganda analysiert werden. Bei der Analyse stehen die Fernsehsender, die Medien mit der größten Verbreitung in beiden Republiken, im Mittelpunkt. Nur in Einzelfällen werden Berichte anderer Medien ergänzend hinzugezogen.

Tatarstan und Baschkortostan

Beide Teilrepubliken sind multinational, haben jeweils eine Einwohnerzahl von rund vier Millionen Menschen und sind durch die Existenz von großen russi-

schen Bevölkerungsgruppen gekennzeichnet, die 2010 in Baschkortostan mit 36,1 Prozent die relative Mehrheit vor den Baschkiren (29,5 Prozent), in Tatarstan hingegen mit 39,7 Prozent nur eine Minderheit hinter den Tataren (53,2 Prozent) bildeten. An dritter Stelle folgten in Baschkortostan die Tataren (25,4 Prozent) und in Tatarstan das christliche Turkvolk der Tschuwaschen (3,1 Prozent). Die Tataren und die Baschkiren, die Titularnationen der beiden Republiken, sind ebenfalls Turkvölker, sprechen also eine mit dem Türkischen verwandte Sprache. Tatarisch wird russlandweit von etwa fünf, Baschkirisch von etwas mehr als einer Million Menschen gesprochen, wobei die Zahl der Sprecher beider Sprachen durch die starke Russifizierung sinkt. Nur etwa 40 Prozent der Tataren leben auf dem Territorium Tatarstans, die Mehrheit hingegen außerhalb dieser Republik in den benachbarten Regionen und auch in Baschkortostan. In beiden Teilrepubliken wird der multinationale und multireligiöse Charakter der Bevölkerung von der Politik als positives, identitätsstiftendes Element herausgestellt. Die Mehrheit der Tataren und der Baschkiren ist nominell muslimisch, und der Islam hat in den Jahrzehnten seit der Perestrojka großen Aufschwung genommen: Islamische Bildungsstätten wurden gegründet und Moscheen auch in kleineren Städten und Dörfern gebaut. Parallel hierzu ist bei der russischen Bevölkerung eine Hinwendung zum orthodoxen Christentum zu beobachten.

In den Jahren der Perestrojka war in Tatarstan der Ruf nach größerer Souveränität, teilweise auch nach Unabhängigkeit laut geworden, weshalb das Parlament der Teilrepublik 1990 die Souveränität verkündete, die zwei Jahre später auch in einem Referendum bestätigt wurde. Folgerichtig wurden im 1994 abgeschlossenen Föderationsvertrag der Republik Tatarstan erweiterte Sonderrechte eingeräumt, die aber im Zuge der Zentralisierung in Russland seit dem Amtsantritt Putins immer weiter eingeschränkt und mit dem Auslaufen des Vertrags 2017 gänzlich zurückgenommen wurden. Als Symbol für die Zentralisierungsbestrebungen kann der auf Druck Moskaus erfolgte Wechsel der Amtsbezeichnung der Oberhäupter der Republiken von *Präsident* zu *Rais* in Tatarstan beziehungsweise *Başlıq* in Baschkortostan gelten (jeweils mit der Bedeutung »Oberhaupt«), die beide dem russischen *Glawa* entsprechen. Beide Republiken haben sich zu zuverlässigen Stützen von Putins Regime entwickelt, was beispielsweise darin zum Ausdruck kam, dass Tatarstan 2014 die Patenschaft für die Stadt Bachtschysaraj auf der annektierten Krim übernahm. Weder in der offiziellen Politik noch unter der Bevölkerung beider Republiken sind relevante Oppositions- oder Souveränitätsbestrebungen zu beobachten, lediglich im europäischen, türkischen und US-amerikanischen Exil gibt es einzelne separatistische Aktivis-

ten, die aber in den Teilrepubliken selbst keinen nennenswerten Anklang finden.

Medien in Tatarstan und Baschkortostan und der Krieg gegen die Ukraine

Die Medienlandschaft beider Republiken stellt eine Kombination aus sowjetischem Erbe, den erweiterten Möglichkeiten seit der Perestrojka und der jüngsten Geschichte Russlands dar. Als sich Anfang der 2000er Jahre abzeichnete, dass Moskau die Radio- und Fernsehstationen sämtlicher Regionen der Russischen Föderation unter dem Dach der *Allrussischen Staatlichen Fernseh- und Radiogesellschaft (WGTRK)* versammeln würde, befürchteten führende Kreise in Tatarstan, dass ihnen die Möglichkeit genommen würde, über die Medien auf die Tataren außerhalb ihrer Republik einzuwirken. Unter tatkräftiger ideeller und wohl auch finanzieller Hilfe der Republik Tatarstan wurde deshalb 2001 die nominell private Mediengesellschaft *Yaña Ğasır* (Neues Zeitalter, auf Russisch auch *Nowyj Wiek*) gegründet, die seitdem mit dem gleichnamigen Fernsehsender die Station mit der größten Reichweite in Tatarstan betreibt. Trotz seiner »dissidenten« Entstehungsgeschichte bietet der Sender eine Berichterstattung, die mit der offiziellen Politik sowohl Moskaus als auch Tatarstans selbst konform geht.

Für die Untersuchung der Berichterstattung über den Krieg gegen die Ukraine wurden die vier regionalen Fernsehsender mit der größten Reichweite herangezogen: für Tatarstan neben *Yaña Ğasır* auch *Rossija 1 Tatarstan*, für Baschkortostan *Baschkortostan 24* sowie der ethnische Sender *BST*, die alle mit Ausnahme von *Yaña Ğasır* unter dem Dach der *WGTRK* versammelt sind. Da alle vier Sender sowohl auf Russisch als auch auf Tatarisch beziehungsweise Baschkirisch senden, wurden für die Analyse Nachrichtensendungen, längere Interviews und die seltenen Sondersendungen zum Krieg in allen drei Sprachen ausgewertet. Für die Untersuchung wurde der gesamte Zeitraum seit Beginn des Angriffskrieges im Februar 2022 bis Anfang August 2023 in den Blick genommen, wobei die ersten drei Monate seit Beginn des Angriffskrieges und der Zeitraum Mai bis August 2023 besonders intensiv analysiert wurden.

Würde man den Medien der beiden größten Republiken des Wolga-Ural-Raumes glauben, gäbe es keinen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Getreu den Vorgaben der russischen Zentralbehörden wird auch in den Medien Tatarstans und Baschkortostans seit Februar 2022 ausschließlich von der »militärischen Spezialoperation« gesprochen, für die mittlerweile überhaupt kein geografischer Kontext mehr genannt wird. Sämtliche Medien Tatarstans und Baschkortostans konzentrieren sich auf die regionale Berichterstattung und behandeln den Krieg gegen die Ukraine vor allem dann,

wenn die eigenen Regionen davon berührt werden. Bei allen Unterschieden zwischen Tatarstan und Baschkortostan, zwischen russisch- und tatarisch- beziehungsweise baschkirischsprachiger Berichterstattung sowie zwischen den einzelnen Fernsehstationen gibt es jedoch auch klare Gemeinsamkeiten, die es ermöglichen, die Berichterstattung über den Krieg systematisch zusammenzufassen und drei zentrale, ständig wiederkehrende Themenkomplexe auszumachen: mögliche und reale Auswirkungen von Krieg und Sanktionen auf die Wirtschaft und die Handlungsmöglichkeiten Tatarstans und Baschkortostans dagegen, die »Hilfen« der beiden russischen Teilrepubliken für die »Zone der militärischen Spezialoperation« sowie als zentrales Thema schließlich die Soldaten, die unter tatkräftiger Unterstützung der politischen Führung der beiden Republiken in den Angriffskrieg gegen die Ukraine geschickt werden.

Auswirkungen auf die Wirtschaft und Handlungsmöglichkeiten

Die Wirtschaftsberichterstattung der beiden russischen Teilrepubliken beleuchtet seit dem russischen Überfall auf die Ukraine auch die westlichen Sanktionen und die damit verbundenen Schwierigkeiten. Die Fernsehsender Tatarstans und Baschkortostans hatten zwar auch schon in früheren Jahren über die Teilnahme ihrer Republiken am alljährlichen St. Petersburger Wirtschaftsforum berichtet, aber die deutlich gesunkene Bedeutung der beiden letzten Messen seit dem Februar 2022 ließ sich an der Berichterstattung klar ablesen, denn neu geschlossene Verträge mit anderen Regionen der Russischen Föderation oder mit Belarus wurden nun auch von Politikern als Alternative zu weggebrochenen internationalen Kontakten präsentiert.

Schon vor 2022 hatten die beiden Teilrepubliken versucht, die islamische Identität ihrer Titulnationen durch das Knüpfen von Kontakten mit der islamischen Welt auch in wirtschaftlicher Hinsicht auszunutzen, aber diese Versuche werden von den Medien vor dem Hintergrund der westlichen Sanktionen seit Februar 2022 nun als Alternative zu den wegfallenden Handelskontakten mit der westlichen Welt interpretiert. Regelmäßige Berichte über Reisen von Wirtschaftsdelegationen beider Republiken nach Usbekistan, in den Iran oder die Türkei vervollständigen das Bild einer politischen Führung, die sich tatkräftig um islamische Alternativen zu den westlichen Kontakten bemüht.

Vereinzelt thematisieren die Medien der beiden Teilrepubliken auch die Umstellung der Wirtschaft auf den Kriegsbedarf. So berichtete etwa der baschkirische Sender *Baschkortostan 24* im Oktober 2022 über ein Geschäft für Militäruniformen in der Hauptstadt Ufa, das sich seit Beginn des Angriffskrieges einer deutlich gestiegenen Nachfrage erfreuen konnte. Der Chef des

Partnerunternehmens dieses Geschäfts, einer Fabrik für Kleidung, berichtete, man habe die Produktion vollkommen auf Uniformen und Militärschlafsäcke umgestellt. Außerdem sei man an Näherinnen aus dem ganzen Land einschließlich der beiden »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk interessiert, für die man auch Unterkünfte bereitstellen wolle.

Wie und wem »helfen« Tatarstan und Baschkortostan im Angriffskrieg?

Die tatarischen und baschkirischen Medien berichten oft darüber, wie die beiden russischen Teilrepubliken den von der »militärischen Spezialoperation« Betroffenen »helfen«. Im Februar und März 2022 häuften sich etwa Reportagen über Geflüchtete aus den »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk und die Anstrengungen in Tatarstan und Baschkortostan, diese unterzubringen und in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Bei der Eröffnung von Ankunftszentren und von Notunterkünften für Geflüchtete waren immer auch tatarische und baschkirische Fernsehsender präsent. Ein weiteres wichtiges Thema waren technische »Hilfeleistungen« für die beiden »Volksrepubliken« wie die Reparatur und der Ausbau der dortigen Infrastruktur. So informierten etwa die Medien Baschkortostans über Monate hinweg über die Renovierung eines Gymnasiums in der Stadt Petrowske in der Oblast Luhansk durch Freiwillige aus der russischen Teilrepublik. Bei der Neueinweihung der Schule drückte die Direktorin der Republik Baschkortostan ihren Dank für die geleistete Hilfe aus.

Die Nachrichtensendungen Tatarstans und Baschkortostans stellen die Beteiligung der Bevölkerung der beiden Teilrepubliken an »Hilfsmaßnahmen« regelmäßig als ein zentrales Thema dar. Gezeigt werden beispielsweise Hilfskonvois für die Zivilbevölkerung der »Volksrepubliken« Luhansk und Donezk oder für die »Teilnehmer an der militärischen Spezialoperation«; Unternehmer, die ausgediente Lieferwagen überholen und einem der Freiwilligenbataillone spenden; Frauen, die für die Soldaten Strümpfe stricken, Gemüse einlegen, traditionelle baschkirische Quarkspeisen zubereiten oder Tarnnetze knüpfen, sowie schließlich Schulklassen, die den Soldaten an der Front aufmunternde Briefe schreiben. All dies und noch viel mehr soll in den Nachrichtensendungen den Eindruck erwecken, die gesamte Bevölkerung der beiden Teilrepubliken stehe geschlossen hinter dem Angriffskrieg gegen die Ukraine. Die »Hilfeleistungen« beschränken sich jedoch nicht auf Soldaten oder das »Gebiet der militärischen Spezialoperation«, sondern umfassen auch Tatarstan und Baschkortostan selbst. Familien von Angehörigen von Freiwilligenbataillonen bekommen dringend benötigtes Brennholz geliefert, und wenn ein Einberufener in einem baschkirischen Dorf die Reparatur seines Hauses nicht abschließen

konnte, sind Freiwillige sofort zur Stelle und vollenden die Arbeit. Ein großer Teil der Hilfsaktionen wird von der Regierungspartei *Einiges Russland* und deren Jugend- und anderen Vorfeldorganisationen koordiniert. Einige der Videos in den Fernsehberichten stammen direkt aus den Kanälen der Organisationen in den sozialen Medien, und wenn Spitzenpolitiker aus Tatarstan zu Hilfskonvois befragt werden, ist nicht immer klar, ob sie als Vertreter des Staates oder als Funktionäre der Putin-nahen Partei sprechen.

Wer kämpft und wer stirbt?

Im Zentrum der kriegsbezogenen Berichterstattung in Tatarstan und besonders in Baschkortostan stehen jedoch eindeutig die »Teilnehmer an der militärischen Spezialoperation«, also die Berufssoldaten, die einberufenen Wehrpflichtigen und vor allem die Angehörigen der in beiden Republiken gegründeten Freiwilligenverbände. Wie in den meisten anderen Regionen der Russischen Föderation gibt es auch in Tatarstan und Baschkortostan solche Formationen, der Umgang mit ihnen und ihre Behandlung in den Medien der beiden Republiken erfolgt jedoch recht unterschiedlich. Während die beiden Bataillone Tatarstans mit *Alğa* (Vorwärts) und *Timer* (Eisen) weder ethnisch noch geografisch eindeutig konnotierte Namen erhielten und in den Medien nur in einzelnen Reportagen Erwähnung finden, werden die Freiwilligenbataillone Baschkortostans in den Medien regelmäßig beleuchtet und dabei auch in einen identitätspolitischen Diskurs eingebettet, der Aspekte wie Patriotismus, eine regionale Baschkortostan-Identität und die Erinnerung an den *Großen Vaterländischen Krieg* in sich vereint.

Als herausragendes Beispiel für die Identitätspolitik rund um die Freiwilligenbataillone Baschkortostans soll die erste Formation dieser Art dienen, die den Namen des Generals Minigali Schajmuratow trägt. Der 1899 geborene Schajmuratow war Kommandeur einer bekannten baschkirischen Kavalleriedivision gewesen und fiel 1943 im Zweiten Weltkrieg bei der Verteidigung des Donbas gegen die deutsche Wehrmacht. Bereits zu Sowjetzeiten war der General verklärt worden, aber seit den 2010er Jahren nahm seine Bedeutung in der Erinnerungspolitik stetig zu. So rief Baschkortostan 2020 einen Schajmuratow-Orden für besondere Tapferkeit ins Leben, der den ersten Gefallenen des Angriffskrieges aus der Republik Baschkortostan posthum verliehen und den Hinterbliebenen in feierlichen Zeremonien überreicht wurde. Dass das erste, im Frühsommer 2022 geschaffene Freiwilligenbataillon Baschkortostans den Namen Minigali Schajmuratows erhielt, war deswegen nur folgerichtig. Auch die folgenden Freiwilligeneinheiten erhielten Namen entweder von historischen Helden aus der baschkirischen Geschichte oder von Generälen

und Offizieren aus Baschkortostan, die sich im *Großen Vaterländischen Krieg* oder im *Zweiten Tschetschenienkrieg* Verdienste erworben hatten und gefallen waren.

Alle Aktivitäten des Schajmuratow-Bataillons und der anderen militärischen Formationen werden von den Medien der Republik mit großer Aufmerksamkeit begleitet. Sowohl ihre feierliche Verabschiedung in das einmonatige militärische Vorbereitungstraining als auch die Entsendung in die »Zone der militärischen Spezialoperation« und der Beginn und das Ende des Fronturlaubs, aber auch Besuche des Oberhauptes der Republik Radij Chabirow bei den Bataillonen wurden zu zentralen Themen der Nachrichtensendungen der baschkirischen Fernsehsender. Der Schajmuratow-Kult beschränkt sich jedoch nicht nur auf die militärischen Formationen, sondern umfasst weite Teile der Gesellschaft. So wurden im September 2022 zum Start des Schuljahres in ganz Baschkortostan sogenannte Schajmuratow-Klassen mit verstärkter patriotischer und militärischer Erziehung geschaffen. Dass Hilfskonvois im Juli 2023 schließlich von Schajmuratow-Freiwilligen zusammengestellt und begleitet wurden, sollte nicht weiter verwundern.

Die Medien der beiden Teilrepubliken thematisieren ebenso den Tod von Soldaten im Krieg gegen die Ukraine, den sie dabei als Aufopferung im Kampf gegen den Faschismus interpretieren. So berichteten beispielsweise die Medien Tatarstans im Frühjahr 2022 über die Gedenkmaßnahmen für Damir Islamow, einen im März des Jahres gefallenen jungen Offizier aus Leninogorsk, einer Stadt im Süden Tatarstans. Islamow wurde posthum zum *Helden Russlands* erklärt, und im Mai besuchte das Oberhaupt Tatarstans Rustam Minnichanow sein Grab. Bereits im April war in der Hauptstadt Kasan ein Wandbild mit seinem Konterfei eingeweiht worden, und mittlerweile sind ihm ein Denkmal, eine Briefmarke und Einträge im russischen, tatarischen, baschkirischen und ukrainischen Wikipedia gewidmet. Als der Fernsehsender *Yaña Ğasır* im Juli 2023 noch einmal an Islamow erinnerte, wurde die mobilisierende Funktion des Gedenkens schnell deutlich: Die Schwester des verstorbenen Offiziers berichtete, ihre Familie habe zu Ehren ihres Bruders einen Fonds zur Unterstützung der einberufenen Wehrpflichtigen und ihrer Familien gegründet.

Fazit

Die systematische Analyse der Berichterstattung Tatarstans und Baschkortostans zum Krieg gegen die Ukraine zeigte zunächst, wie zentral der Krieg sowohl für die Propagandamedien selbst als auch für die führenden Politiker der zwei Teilrepubliken ist. Die Reportagen haben dabei trotz ihres Aktualitätsbezugs keine dokumentarische, sondern eine eindeutig propagandistische Funktion, und teilweise wechseln die Medien auch direkt in die Rolle von Beteiligten. Überraschen-

derweise spielte dabei die Sprache kaum eine Rolle: In allen Themenbereichen waren Russisch, Tatarisch und Baschkirisch gleichermaßen vertreten.

Die Argumentation der Pro-Kriegs-Propaganda ähnelt zunächst der Berichterstattung auf föderaler Ebene: Wie in den zentralen russischen Medien ist das wichtigste Argument für den Krieg, dass in der Ukraine der Nazismus wiederauferstanden sei und man wie im *Großen Vaterländischen Krieg* achtzig Jahre zuvor die Heimat mit einer »militärischen Spezialoperation« zu verteidigen habe. Unterfüttert wird diese Argumentation jedoch mit regionalen Elementen, die wahlweise auf die multinationale Identität der Republiken oder aber auf die ethnische Identität der Titularnationen rekurrieren. So verlieh das Oberhaupt Baschkortostans Radij Chabirow im Juni 2023 sechs Soldaten der »militärischen Spezialoperation« den Rang eines *Helden Russlands*, vier davon posthum. Dass es sich bei den Ausgezeichneten um zwei Russen, je einen Tataren, Baschkiren und Udmurten (einen Angehörigen eines finnougri-schen Volkes) sowie schließlich um einen Mann mit ukrainischen Wurzeln (genauer wurde seine ethnische Identität nicht beschrieben) handelte, wurde dabei von Chabirow zum Sinnbild für den multiethnischen Charakter der Republik erklärt.

Dass eine Berichterstattung, die erwiesenermaßen propagandistische Aufgaben zu erfüllen hat, nicht als Gradmesser für die tatsächlichen Entwicklungen in Tatarstan und Baschkortostan geeignet ist, ist offenkundig. Dementsprechend lässt sich aus den Medienberichten der beiden Republiken auch nicht die Stimmung der Bevölkerung herauslesen. Es ist zwar anzunehmen, dass nicht alle Menschen in den beiden Teilrepubliken den Angriffskrieg unterstützen, aber gegen den Krieg gerichtete Einstellungen sind öffentlich nicht sichtbar, sondern

äußern sich allenfalls in Form einer inneren Opposition. Eine Korrektur des von der Medienpropaganda verbreiteten Bildes ist nur unter Hinzuziehung von Medien außerhalb Russlands möglich. Hier bietet sich die in Prag ansässige tatarisch-baschkirische Redaktion von *Radio Free Europe/Radio Liberty* an, die zwar keine eigenen Sendungen mehr erstellt, aber unter Rückgriff auf soziale Medien und andere regionale Quellen, die Lage im Wolga-Ural-Raum wenigstens teilweise beleuchtende Berichterstattung auf Tatarisch und Russisch anbietet. So führen die Webseiten des Radios etwa Statistiken über die Gefallenen aus Baschkortostan, Tatarstan und den benachbarten Regionen und informieren über US-Sanktionen gegen Fabriken in beiden Republiken oder über die geplante Einführung von neuen Schulbüchern in Tatarstan, in denen die »militärische Spezialoperation« im offiziellen Sinne dargestellt werden soll. Trotz ihres propagandistischen Charakters lassen sich aus den Sendungen des tatarischen und baschkirischen Fernsehens wichtige Erkenntnisse ziehen. Soldaten aus den Freiwilligenbataillonen selbst betonen immer wieder, wie wichtig im Vergleich zu früheren Kriegen ein »zuverlässiges Hinterland« für den Erfolg des Angriffskrieges gegen die Ukraine sei, und es scheint eine relevante Anzahl an Menschen in beiden Teilrepubliken zu geben, die bereit sind, ein solches Hinterland zu gewährleisten. Ein großer Teil dieses »zuverlässigen Hinterlandes« kommt allerdings nur unter tatkräftiger Hilfe von regierungsnahen Organisationen wie der Partei *Eini-ges Russland* zustande, also von Akteuren, die erklärmaßen Teil der Partei sind. Wie repräsentativ die Pro-Kriegs-Aktivitäten für die Stimmung in der Bevölkerung sind, lässt sich unmöglich sagen. Nach den vorliegenden Informationen ist jedoch ein baldiger Wechsel der gegenwärtigen Situation nicht zu erwarten.

Über den Autor

Dr. *Sebastian Cwiklinski* ist Turkologe und Historiker und Lehrbeauftragter am Institut für Turkologie und Osmanistik der Freien Universität Berlin. Zu seinen Forschungsgebieten gehören Geschichte und Identitätspolitik in Mittel- und Osteuropa sowie in der Türkei.

Lesetipps

- Markus Ackeret: Tatarstan verliert die Souveränität – der Kreml duldet immer weniger regionale Eigenständigkeit. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 6. Februar 2023. <https://www.nzz.ch/international/russland-der-kreml-bringt-auch-tatarstan-auf-linie-ld.1724452> [07.08.2023]
- Helen M. Faller: *Nation, Language, Islam: Tatarstan's Sovereignty Movement*. Budapest: Central European University Press, 2011.
- Dmitry Gorenburg: Identity Change in Bashkortostan: Tatars into Bashkirs and back. In: *Ethnic and Racial Studies* 22 (1999) 3, S. 554–580.
- Jörn Grävingholt: *Pseudodemokratie in Rußland: der Fall Baschkortostan* (DIE Studies, 4). Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, 2005.

Karte 1: Baschkortostan und Tatarstan



Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, mit Daten von OpenStreetMap (<https://www.openstreetmap.org/copyright>)

DOKUMENTATION

Parteien, Wahlen, Regionen

Tabelle 1: Vergleich der Wahlbeteiligung bei den Wahlen der Regionaloberhäupter, in %

Region	Wahlbeteiligung 09.09.2018 (Oblast Smolensk: 13.09.2020)	Wahlbeteiligung 10.09.2023
Republik Sacha (Jakutien)	50,7	48,1
Republik Chakassien	41,9	39,54
Region Altai	37,3	31,04
Region Krasnojarsk	28,9	35,6
Region Chabarowsk	36,1	45,6
Oblast Amur	31,3	38,74
Oblast Woronesch	44,8	51,08
Oblast Iwanow	32,9	33,92
Oblast Kemerowo	66,5	81,01
Oblast Magadan	39,6	35,09
Oblast Moskau	38,6	60,53
Oblast Nishnij Nowgorod	40,5	56,0
Oblast Nowosibirsk	29,5	31,86
Oblast Omsk	43,6	34,51
Oblast Orjol	57,8	55,98
Oblast Pskow	36,9	37,8
Oblast Samara	48,0	53,8
Oblast Smolensk	29,67	33,91
Oblast Tjumen	49,1	50,65
Stadt Moskau	30,9	43,18
Autonomer Kreis der Tschuktschen	60,2	53,48

Quelle: Alexandr Kynew (2023). Wybory-2023: Granizy upravljaemosti i ogranitschennaja konkurencija pri apatii elektorata (Wahlen 2023: Die Grenzen der Steuerbarkeit und der begrenzte Wettbewerb mit der Apathie der Wähler). *The Moscow Times*. <https://www.moscowtimes.ru/2023/09/16/vibori-2023-granitsi-upravlyaemosti-i-ogranichennaya-konkurenciya-pri-apatii-elektorata-a107159>

Tabelle 2: Vergleich der Wahlbeteiligung bei regionalen Parlamentswahlen, in %

Region	Wahlbeteiligung 09.09.2018	Wahlbeteiligung 10.09.2023
Republik Baschkortostan	49,1	51,71
Republik Burjatien	39,5	36,3
Republik Kalmückien	54,0	42,04
Republik Sacha (Jaktutien)	50,7	48,36
Republik Chakassien	41,9	39,57
Region Transbaikalien	22,0	26,6
Oblast Archangelsk	29,3	28,08
Oblast Wladimir	32,9	24,77
Oblast Iwanowo	32,9	33,92
Oblast Irkutsk	26,3	24,22
Oblast Kemerowo	66,4	81,01
Oblast Rostow	45,4	42,83
Oblast Smolensk	23,7	33,95
Oblast Uljanowsk	40,3	34,68
Oblast Jaroslawl	29,3	27,41
Autonomer Kreis der Nenzen	36,0	37,69

Quelle: Alexandr Kynew (2023). Wybory-2023: Granizy upravljaemosti i ogranitschennaja konkurencija pri apatii elektorata (Wahlen 2023: Die Grenzen der Steuerbarkeit und der begrenzte Wettbewerb mit der Apathie der Wähler). The Moscow Times. <https://www.moscowtimes.ru/2023/09/16/vibori-2023-granitsi-upravlyaemosti-i-ogranichennaya-konkurenciya-pri-apatii-elektorata-a107159>

Tabelle 3: Vergleich der Wahlbeteiligung bei den Wahlen zu den Lokalversammlungen der regionalen Zentren, in %

Stadt	Wahlbeteiligung 09.09.2018 (Magas: 08.09.2019)	Wahlbeteiligung 10.09.2023
Majkop	21,9	31,0
Magas	82,0	81,18
Jakutsk	44,3	41,36
Abakan	35,6	35,84
Krasnojarsk	23,3	29,71
Archangelsk	26,9	25,23
Belgorod	21,2	25,63
Wolgograd	24,1	26,16
Welikij Nowgorod	24,1	20,9
Rjasan	21,9	20,53
Jekaterinburg	26,7	20,71
Tjumen	43,0	39,47

Quelle: Alexandr Kynew (2023). Wybory-2023: Granizy upravljaemosti i ogranitschennaja konkurencija pri apatii elektorata (Wahlen 2023: Die Grenzen der Steuerbarkeit und der begrenzte Wettbewerb mit der Apathie der Wähler). The Moscow Times. <https://www.moscowtimes.ru/2023/09/16/vibori-2023-granitsi-upravlyaemosti-i-ogranichennaya-konkurenciya-pri-apatii-elektorata-a107159>

Tabelle 4: Ergebnisse der politischen Parteien bei den regionalen Parlamentswahlen
 (*Sternchen: Partei hat die Sperrklausel nicht erreicht), in %

Region	Einiges Russland	KPRF	LDPR	Gerechtes Russland	Neue Leute	Außerparlamentarische Parteien
Republik Baschkortostan	68,92	11,71	8	7,39	3,41	
Republik Burjatien	60,84	17,08	6	4,71*	8,29	
Republik Kalmückien	64,18	13,33	3,62	5,23	8,37	Russische Partei der Freiheit und Gerechtigkeit 1,56 %*, Partei des Wachstums 0,77* %
Republik Sacha (Jakutien)	54,36	13,16	5	9,39	14,17	
Republik Chakassien	36,41	39,11	7	3,33*	3,99*	Partei der Rentner 3,17 %*, Kommunisten Russlands 2,85 %*
Region Transbaikalien	56,94	9,85	16	6,29	4,12*	Kommunisten Russlands 2,03 %*, Rodina 2,01 %*
Oblast Archangelsk	50,18	10,92	15	8,99	5,21	Kommunisten Russlands 3,47 %*, REP »Grüne« 2,1 %*, Rodina 1,74 %*
Oblast Wladimir	55,47	14,02	10	6,63	4,83	Partei der Rentner 6,06 %
Oblast Iwanowo	65,39	9,86	10	4,06*	3,9*	Kommunisten Russlands 4,52 %*
Oblast Irkutsk	54,6	15,47	10	7,06	7,34	Russische Partei der Freiheit und Gerechtigkeit 1,33 %*, Bürgerplattform 0,98 %*
Oblast Kemerowo	69,42	8,87	9	5,41	5,36	
Oblast Rostow	68,28	11,47	7	4,81*	3,79*	Kommunisten Russlands 3,27 %*
Oblast Smolensk	57,39	9,83	11	4,32*	4,21*	Partei der Rentner 4,56 %*, Kommunisten Russlands 4,05 %*, REP »Grüne« 1,13 %*
Oblast Uljanowsk	49,91	15,96	14	5,15	4,48*	Kommunisten Russlands 7,52 %.
Oblast Jaroslawl	46,6	11,27	11	11,14	7,39	Partei der Rentner 5,62 %; Kommunisten Russlands 4,5 %*
Autonomer Kreis der Nenzen	43,94	24,76	10	4,51		Kommunisten Russlands 5,71 %, Rodina 5,67 %, REP »Grüne« 2,95 %*

Quelle: Alexandr Kynew (2023). Wybory-2023: Granizy upravljaemosti i ogranitschennaja konkurencija pri apatii elektorata (Wahlen 2023: Die Grenzen der Steuerbarkeit und der begrenzte Wettbewerb mit der Apathie der Wähler). The Moscow Times. <https://www.moscowtimes.ru/2023/09/16/vibori-2023-granitsi-upravlyaemosti-i-ogranichennaya-konkurenciya-pri-apatii-elektorata-a107159>

Tabelle 5: Ergebnisse der Parteien bei den Wahlen zu den Lokalversammlungen der regionalen Zentren (*Sternchen: die Sperrklausel wird nicht überwunden), in %

Stadt	Einiges Russland	KPRF	LDPR	Gerechtes Russland	Neue Leute	Außerparlamentarische Parteien
Majkop	81,17	12,88	11,55	4,86*	4,17*	Kommunisten Russlands 2,68 %*
Magas	74,55	6,94	8,67	8,59		
Jakutsk	42,87	15,05	5,88	6,61	15,96	Kommunisten Russlands 5,08 %; Partei der Rentner 2,44 %*; Bürgerplattform 1,66 %*; Rodina 1,16 %*; REP »Grüne« 0,85* %
Abakan	41,98	27,25	7,32	5,47	4,31*	Partei der Rentner 4,34 %*, Kommunisten Russlands 3,81 %*
Krasnojarsk	44,02	8,01	19,75	3,44*	3,29*	REP »Grüne« 9,37 %; Partei der Rentner 3,74 %*; Jabloko 1,37 %*; Rodina 1,01 %*
Archangelsk	49,1	9,39	11,77	13,84	7,6	Kommunisten Russlands 3,04 %*; Rodina 1,83 %*
Belgorod	54,2	11,56	10,75	7,01		Partei der Rentner 8,22 %; Kommunisten Russlands 5,55 %
Wolgograd	55,02	14,74	13,93	8,86	2,36*	Rentnerpartei 3,43 %*
Welikij Nowgorod	41,29	14,27	8,64	10,25	9,81	Jabloko 7,37 %; Partei der Rentner 5,71 %
Rjasan	58,11	11,58	10,93	7,5		Partei der Rentner 6,52 %, Kommunisten Russlands 3,07 %*
Jekaterinburg	41,87	12,36	14,6	11,14	8,5	Jabloko 9,24 %.
Tjumen	49,24	10,45	15,65	6,68	5,54	Partei der Rentner 4,85 %*; Kommunisten Russlands 4,5 %*

Quelle: Alexandr Kynew (2023). Wybory-2023: Granizy upravljaemosti i ogranitschennaja konkurencija pri apatii elektorata (Wahlen 2023: Die Grenzen der Steuerbarkeit und der begrenzte Wettbewerb mit der Apathie der Wähler). The Moscow Times. <https://www.moscowtimes.ru/2023/09/16/vibori-2023-granitsi-upravlyaemosti-i-ogranichennaya-konkurenciya-pri-apatii-elektorata-a107159>

Tabelle 6: Vergleich der Wahlergebnisse der Partei Einiges Russland, Regionen, in %

Region	Wahlen zur Staatsduma 18.09.2016	Wahlen zu den Regionalparlamenten 09.09.2018	Wahlen zur Staatsduma 19.09.2021	Wahlen zu den Regionalparlamenten 10.09.2023
Republik Baschkortostan	56,4	58,31	66,70	68,92
Republik Burjatien	43,3	41,07	42,63	60,84
Republik Kalmückien	70,6	68,52	39,52	64,17
Republik Sacha (Jakutien)	46,4	50,84	33,22	54,36
Republik Chakassien	38,1	25,46	33,36	36,41
Region Transbaikalien	37,8	28,30	38,66	56,94
Oblast Archangelsk	44,5	31,59	32,21	50,18
Oblast Wladimir	45,2	29,57	37,64	55,47
Oblast Iwanowo	42,5	34,14	36,24	65,39
Oblast Irkutsk	38,6	27,83	35,53	54,60
Oblast Kemerowo	77,3	64,31	70,75	69,42
Oblast Rostow	58,8	56,98	51,59	68,28
Oblast Smolensk	46,9	36,34	39,94	57,40
Oblast Uljanow	48,5	33,96	39,03	49,91
Oblast Jaroslawl	38,4	38,43	29,72	46,60
Autonomer Kreis der Nenzen	41,1	38,97	29,06	43,94

Quelle: Alexandr Kynew (2023). Wybory-2023: Granizy upravljaemosti i ogranitschennaja konkurencija pri apatii elektorata (Wahlen 2023: Die Grenzen der Steuerbarkeit und der begrenzte Wettbewerb mit der Apathie der Wähler). The Moscow Times. <https://www.moscowtimes.ru/2023/09/16/vibori-2023-granitsi-upravlyaemosti-i-ogranichennaya-konkurenciya-pri-apatii-elektorata-a107159>

Tabelle 7: Vergleich der Ergebnisse der Partei Einiges Russland, Städte, in %

Stadt	Staatsdumawahl 18.09.2016	Regionalwahlen 09.09.2018 (Magas 08.09.2019)	Staatsdumawahl 19.09.2021	Regionalwahlen 10.09.2023
Majkop	42,40	44,45	54,3	61,17
Magas	68,37	74,47	76,8	74,55
Jakutsk	38,93	33,41	26,2	42,87
Abakan	35,45	28,83	33,2	41,98
Krasnojarsk	34,48	25,71	30,1	44,02
Archangelsk	38,10	27,41	31,5	49,10
Belgorod	36,69	35,61	39,0	54,20
Wolgograd	46,31	52,64	57,4	55,02
Welikij Nowgorod	32,10	24,39	27,1	41,29
Rjasan	40,49	36,22	35,0	58,11
Jekaterinburg	37,69	31,57	32,9	41,87
Tjumen	34,32	39,44	36,6	49,24

Quelle: Alexandr Kynew (2023). Wybory-2023: Granizy upravljaemosti i ogranitschennaja konkurencija pri apatii elektorata (Wahlen 2023: Die Grenzen der Steuerbarkeit und der begrenzte Wettbewerb mit der Apathie der Wähler). The Moscow Times. <https://www.moscowtimes.ru/2023/09/16/vibori-2023-granitsi-upravlyaemosti-i-ogranichennaya-konkurenciya-pri-apatii-elektorata-a107159>

Tabelle 8: Ergebnisse der kommunistischen Parteien, Regionen, in %

Region	Bei den Wahlen zur Staatsduma 18.09.2016		Wahl zum Regionalparlament 09.09.2018		Wahl zum Regionalparlament 09.09.2018		Wahl zum Regionalparlament 10.09.2023	
	KPRF	Kommunisten Russlands	KPRF	Kommunisten Russlands und KPDSU	KPRF	Kommunisten Russlands	KPRF	Kommunisten Russlands
Republik Baschkortostan	18,6	1,8	18,80		14,74	0,6	11,71	
Republik Burjatien	20,6	2,9	25,62	KPDSU 4,8	26,75	1,3	17,08	
Republik Kalmückien	11,7	1,6	13,23		25,97	1,9	13,33	
Republik Sacha (Jakutien)	14,4	3,1	19,44		35,15	1,3	13,16	
Republik Chakassien	20,9	3,5	31,01	KR 8,01	29,85	1,9	39,11	2,85
Region Transbaikalien	16,5	3,5	24,59		19,99	1,9	9,85	2,03
Oblast Archangelsk	12,8	2,0	18,82	KR 4,03	18,70	0,9	10,92	3,47
Oblast Wladimir	13,0	3,4	23,66	KPDSU 6,14	25,95	1,1	14,02	
Oblast Iwanowo	18,3	3,1	26,92	KR 3,4; KPDSU 1,97	28,02	1,4	9,86	4,52
Oblast Irkutsk	24,8	3,2	33,94	KPDSU 4,84	27,81	1,4	15,47	
Oblast Kemerowo	7,2	0,6	10,03		9,35	0,4	8,87	
Oblast Rostow	13,6	2,3	17,13	KR 5,06	20,19	1,4	11,47	
Oblast Smolensk	16,3	2,3	22,91		22,81	1,8	9,83	4,05
Oblast Uljanow	19,2	3,2	36,24	KR 5,83; KPDSU 1,23	33,14	1,7	15,96	7,52
Oblast Jaroslawl	16,0	2,2	24,03	KR 6,63	22,74	1,2	11,27	4,50
Autonomer Kreis der Nenzen	18,4	2,9	23,80	KR 5,29	31,98	1,6	24,76	5,71

Quelle: Alexandr Kynew (2023). Wybory-2023: Granizy upravljaemosti i ogranitschennaja konkurencija pri apatii elektorata (Wahlen 2023: Die Grenzen der Steuerbarkeit und der begrenzte Wettbewerb mit der Apathie der Wähler). The Moscow Times. <https://www.moscowtimes.ru/2023/09/16/vibori-2023-granitsi-upravlyaemosti-i-ogranichennaya-konkurenciya-pri-apatii-elektorata-a107159>

Tabelle 9: Ergebnisse der Partei LDPR, Regionen, in %

Region	Wahlen zur Staatsduma am 18.09.2016	Wahlen zu den Regionalparlamenten am 09.09.2018	Wahlen zur Staatsduma am 19.09.2021	Wahlen zu den Regionalparlamenten am 10.09.2023
Republik Baschkortostan	11,3	9,96	9,67	7,13
Republik Burjatien	13,5	12,07	5,74	6,16
Republik Kalmückien	4,3	3,44	3,44	3,62
Republik Sacha (Jakutien)	10,7	9,57	5,14	5,39
Republik Chakassien	19,5	20,97	8,02	7,17
Region Transbaikalien	27,5	24,6	12,15	15,64
Oblast Archangelsk	19,7	23,45	12,92	14,90
Oblast Wladimir	18,0	20,8	9,42	10,40
Oblast Iwanowo	17,9	16,33	9,38	10,08
Oblast Irkutsk	17,4	15,8	8,58	9,62
Oblast Kemerowo	7,7	10,1	6,24	9,30
Oblast Rostow	12,5	9,87	6,97	6,92
Oblast Smolensk	19,9	19,83	11,25	11,25
Oblast Uljanow	16,0	13,51	7,40	13,56

Quelle: Alexandr Kynew (2023). Wybory-2023: Granizy upravljaemosti i ogranitschennaja konkurencija pri apatii elektorata (Wahlen 2023: Die Grenzen der Steuerbarkeit und der begrenzte Wettbewerb mit der Apathie der Wähler). The Moscow Times. <https://www.moscowtimes.ru/2023/09/16/vibori-2023-granitsi-upravlyaemosti-i-ogranichennaya-konkurenciya-pri-apatii-elektorata-a107159>

Tabelle 10: Ergebnisse der Partei Gerechtes Russland, in %

Region	Wahlen zur Staatsduma am 18.09.2016	Wahlen zu den Regionalparlamenten am 09.09.2018	Wahlen zur Staatsduma am 19.09.2021	Wahlen zu den Regionalparlamenten am 10.09.2023
Republik Baschkortostan	6,9	5,47	2,62	7,39
Republik Burjatien	6,6	9,37	3,56	4,71
Republik Kalmückien	3,2	8,45	5,86	5,23
Republik Sacha (Jakutien)	15,2	16,34	8,19	9,39
Republik Chakassien	7,2	7,09	6,58	3,33
Region Transbaikalien	4,3	6,97	8,34	6,30
Oblast Archangelsk	9,2	15,06	11,17	8,99
Oblast Wladimir	7,6	10,2	7,78	6,63
Oblast Iwanowo	7,4	8,22	7,63	4,03
Oblast Irkutsk	5,3	7,04	6,67	7,06
Oblast Kemerowo	4,5	7,87	5,69	5,41
Oblast Rostow	4,4	7,06	6,42	4,91
Oblast Smolensk	4,5	7,79	7,58	4,32
Oblast Uljanow	3,3	3,98	5,00	5,15
Oblast Jaroslawl	10,3	10,26	19,2	11,19
Autonomer Kreis der Nenzen	4,4	5,41	7,97	4,53

Quelle: Alexandr Kynew (2023). Wybory-2023: Granizy upravljaemosti i ogranitschennaja konkurencija pri apatii elektorata (Wahlen 2023: Die Grenzen der Steuerbarkeit und der begrenzte Wettbewerb mit der Apathie der Wähler). The Moscow Times. <https://www.moscowtimes.ru/2023/09/16/vibori-2023-granitsi-upravlyaemosti-i-ogranichennaya-konkurenciya-pri-apatii-elektorata-a107159>

Tabelle 11: Ergebnisse der Partei Neue Leute, in %

Region	Wahlen zur Staatsduma am 19.09.2021	Wahlen zu den Regionalparlamenten am 10.09.2023
Republik Baschkortostan	2,79	3,41
Republik Burjatien	11,22	8,29
Republik Kalmückien	12,23	8,37
Republik Sacha (Jakutien)	9,87	14,17
Republik Chakassien	9,85	3,99
Region Transbaikalien	9,36	4,12
Oblast Archangelsk	9,68	5,21
Oblast Wladimir	7,31	4,83
Oblast Iwanowo	5,90	3,90
Oblast Irkutsk	9,81	7,34
Oblast Kemerowo	1,85	5,36
Oblast Rostow	5,17	3,79
Oblast Smolensk	5,97	4,21
Oblast Uljanow	5,36	4,48
Oblast Jaroslawl	7,86	7,39
Autonomer Kreis der Nenzen	6,48	NA

Quelle: Alexandr Kynew (2023). Wybory-2023: Granizy upravljaemosti i ogranitschennaja konkurencija pri apatii elektorata (Wahlen 2023: Die Grenzen der Steuerbarkeit und der begrenzte Wettbewerb mit der Apathie der Wähler). *The Moscow Times*. <https://www.moscowtimes.ru/2023/09/16/vibori-2023-granitsi-upravlyaemosti-i-ogranichennaya-konkurenciya-pri-apatii-elektorata-a107159>

Welchen Sinn haben Wahlen in einer Diktatur?

Einleitung von Dekoder

Im September wurde in Russland der sogenannte »einheitliche Wahltag« veranstaltet: In 21 Regionen wurde über die Regionsoberhäupter entschieden und die Zusammensetzung von 16 Regionalparlamenten neu bestimmt. Vor der Präsidentschaftswahl 2024 testet der Staat seine Kontrolle über das Land. Und die Opposition testet seine Schwachstellen. Unter Menschen, die dem Kreml gegenüber kritisch eingestellt sind, wird schon lange debattiert, ob die unfairen und manipulierten Wahlen boykottiert werden sollten, oder ob man sich allen Wahlfälschungen zum Trotz beteiligen sollte, um den Betrügern wenigstens so viele Schwierigkeiten zu machen wie möglich. Auch der prominenteste Oppositionspolitiker Alexej Nawalny forderte aus dem Gefängnis heraus seine Unterstützer auf, zur Wahl zu gehen und für die Kandidaten zu stimmen, die der Kreml-Partei Einiges Russland am ehesten Konkurrenz machen.

In der Debattenschau stellt dekoder die Argumente der politischen Beobachter Alexander Kynew und Grigori Judin und der Moskauer Lokalpolitikerin Julia Galjamina vor. Ihre Beiträge haben sie bereits vor der Wahl für den Think Tank Kollektivnoje deistwije (dt. kollektives Handeln) verfasst. Darüber, dass die Scheinwahlen, die in den besetzten Gebieten auf ukrainischem Staatsgebiet inszeniert wurden, illegal sind und boykottiert werden sollten, herrschte unter demokratischen Oppositionellen Einigkeit.

Alexander Kynew: Die Wahlen sind eine Gelegenheit, etwas über die russische Gesellschaft zu erfahren

»Wahlen sind keine bloße Formsache, sondern eine Gelegenheit, die Stimmung in der Gesellschaft zu messen, eine riesige soziologische Umfrage. Wie soll man etwas über eine Gesellschaft erfahren, wenn man sich nicht die Wahlen anschaut? Bei allen Problemen mit Wettbewerb und Abhängigkeit von der Staatsmacht zeigen Wahlen, wie repressiv ein System ist. Und sie spiegeln wider, wie homogen oder heterogen eine Gesellschaft ist. Selbst wenn das Messinstrument nicht ideal ist, kann es bei regelmäßiger Benutzung eine Dynamik aufzeigen.

Wenn wir von den Wahlen sprechen, müssen wir zunächst die föderalen Wahlzyklen verstehen. Ein Zyklus dauert fünf Jahre und beginnt mit den Wahlen in die Staatsduma. Innerhalb dieses übergeordneten föderalen Zyklus finden alljährlich in unterschiedlich vielen Verwaltungseinheiten Regionalwahlen statt. 2021, im ersten Jahr des aktuellen Wahlzyklus, haben 39 Regionen ihre Parlamentswahlen zeitgleich mit den Wahlen in die Staatsduma abgehalten. Das erhöht den Einfluss der landesweiten Propaganda insbesondere in Regionen wie Sankt Petersburg, Perm und Krasnojarsk. Die Wahlen im zweiten Jahr betrafen die wenigsten Regionen und waren am unspektakulärsten: Von sechs Regionen sind vier in fester Hand der Regierungspartei, und die Höhe der Wahlbeteiligung entspricht dem Wahlergebnis für den Sieger.

Es ist nun das dritte Jahr des Zyklus, in dem die Regionen wählen, die 2018 gewählt haben. Damals war gerade die Rentenreform beschlossen worden und Leute wie Sergej Furgal (Chabarowsk) und Walentin Konoalow (Republik Chakassien) wurden regionale Oberhäupter. Diesmal wurden 16 Parlamente neu gewählt, wenn man die annektierten Regionen in der Ukraine einmal beiseite lässt.

Was die sogenannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk und die Oblaste Cherson und Saporischschja angeht, die Russland unrechtmäßig angegliedert hat: Dort gibt es keine klaren Grenzen, es gibt keine Wählerlisten, viele Menschen sind auf der Flucht, niemand weiß, wie viele Wahlberechtigte es dort überhaupt gibt. Wie soll ein Wahlkampf unter den Bedingungen von Kämpfen, Kriegszustand und Ausgangssperre aussehen? Ich bezweifle, dass überhaupt eine Wahl im eigentlichen Sinne stattfindet. Natürlich bekommen wir Protokolle, aber was bei diesen Wahlen wirklich passiert, bleibt ein Geheimnis.

Was das russische Staatsgebiet betrifft: Nur zwei der 16 teilnehmenden Subjekte wurden fest von der Regierungspartei kontrolliert – die Republik Baschkirien und die Oblast Kemerowo. Auch die Oblast Rostow gehörte bis zuletzt dazu, aber jetzt pendelt sie in Richtung Protest. Dort ist die Situation wegen der Flüchtlingsströme und der wachsenden Kriminalität angespannt, nicht zuletzt hatte Prigoshins Aufstand dort seinen Anfang genommen.

In den übrigen 13 Regionen gibt es im Zuge der Wahlen durchaus einen gewissen Wettbewerb. Die meisten dieser Regionen liegen in Sibirien oder Fernost, wie die Republiken Chakassien, Burjatien und Jakutien, die Region Transbaikalien und die Oblast Irkutsk. Auch in vielen Gemeinden, etwa in Krasnojarsk oder Abakan, gibt es unter den Kandidaten eine gewisse Konkurrenz. So auch in der Oblast Archangelsk und dem Autonomen Kreis der Nenzen, wo 2020 die Mehrheit gegen die Verfassungsänderungen stimmte. Weliki Nowgorod und Jekaterinburg sind zwei Regionen, in denen die Fraktion Jabloko vertreten sind.

In den Regionen, in denen es politischen Wettbewerb gibt, ist im Vergleich zu 2022 eine Belebung des politischen Lebens zu beobachten, wie man an den aktu-

ellen politischen Kampagnen sehen kann. Ich sehe zwei Hauptgründe für diesen Aufschwung: Der erste Grund ist historisch und geografisch bedingt. Einige Regionen – wie der hohe Norden – waren schon immer protest- und wettbewerbsfreudiger, die dortige Bevölkerung ist aktiv. Der zweite Grund ist die Stabilisierung des politischen Systems. Im vergangenen Jahr standen viele Menschen unter Schock und wussten nicht, wie es weitergehen soll. Jetzt sehen sie, dass das Regime stabil ist und nicht einfach so verschwindet. Es wird sich wahrscheinlich von innen heraus verändern, seinen eigenen Gesetzen folgend.

Unterschiede zwischen den Kandidaten in Bezug auf die »militärische Spezialoperation« sucht man vergeblich. Die meisten sprechen darüber einfach nicht. Die Trennlinie verläuft zwischen denen, die sie aktiv unterstützen, und denen, die zur Normalität zurückkehren wollen. Niemand kämpft entschlossen für das Ende der Spezialoperation. Die Parteien verhalten sich unterschiedlich: Die einen verbünden sich mit der Regierungspartei, die anderen setzen auf die Unterstützung der Wirtschaft. Aber es gibt keine Partei, die sich für den Frieden einsetzt.

Insgesamt hat die außenpolitische Thematik nichts mit den Regionalwahlen zu tun: Die Organe auf dieser Ebene haben keinen Einfluss auf derartige Entscheidungen. Sie kümmern sich um lokale Probleme wie Straßensanierung oder den Bau von Krankenhäusern.

Bei den Gouverneurswahlen, bei denen es keinerlei Wettbewerb gibt, ist die Spezialoperation im Wahlkampf kein Thema, höchstens als Schutzreaktion: Viele Gouverneure haben Angst, jemand könnte sie denunzieren oder sich über sie beschweren, also sichern sie sich ab, ziehen Uniformen an, besuchen in Camouflage Krankenhäuser und fahren an die Front.

Der Rest der Wahlkampagne dreht sich um die soziale Absicherung: Unterstützung für die Familien derer, die eingezogen oder getötet wurden, Ferienprogramme für Kinder aus solchen Familien oder Hilfe für bestimmte soziale Gruppen aus der Ostukraine. Es gibt viele solcher Initiativen, ich würde sie als Teil der Sozialpolitik betrachten. Lokale soziologische Studien zeigen, dass Bedarf an Hilfe für Kriegsgeschädigte besteht und von den Menschen positiv aufgenommen wird. Wenn man die globalen Dinge schon nicht beeinflussen kann, will man wenigstens den Opfern helfen – diese Überzeugung herrscht auf regionaler Ebene.«

Grigori Judin: Russland braucht erfahrene Demokraten in Freiheit, nicht im Gefängnis

»Für die Regierung sind Wahlen unabdingbar, weil die Legitimität in Russland auf demokratischen Prinzipien basiert. Das bedeutet nicht, dass bei uns Demokratie herrscht, aber darauf basiert eben die Legitimität der

Regierung. Die Regierung behauptet, allen Entscheidungen würden auf Grundlage des Volkswillens getroffen. Daher müssen regelmäßig Wahlen stattfinden. Der Erste, der ein solches System eingeführt hat, war im 19. Jahrhundert Napoleon III. in Frankreich. Es war dem im heutigen Russland sehr ähnlich. Das gesamte Verwaltungssystem des Landes ist an der Durchführung dieser Wahlen beteiligt, um die demokratische Legitimität der Regierung zu unterstützen.

Andererseits sehe ich einen Bedarf an echter Demokratie in Russland, der vor allem von unten kommt, nämlich auf der Ebene der regionalen Selbstverwaltung. Das ist weniger die Forderung nach fairen Wahlen als vielmehr der Wunsch, auf regionaler Ebene selbständig entscheiden zu können. Vor dem Hintergrund der Wahlfälschungen bleibt dieses Bedürfnis nach Demokratie leider oft unbemerkt. Aber es ist real und stimmt optimistisch.

Ich bewundere das Engagement von Menschen, die sich derzeit aktiv am politischen Leben beteiligen, und glaube daran, dass gerade solche Menschen in der Zukunft etwas verändern können. Derzeit jedoch, unter den aktuellen Bedingungen, wird ihr Tun wohl kaum zu wesentlichen Veränderungen führen. Ich will die Aktivisten nicht kritisieren und sie nicht öffentlich von ihrer Mission abbringen, aber sie gefährden sich selbst: Während sie früher ihren Job riskierten, landen sie jetzt aller Wahrscheinlichkeit nach im Gefängnis. Gerade weil ich ja glaube, dass sie die Zukunft in der Hand haben, will ich nicht, dass sie in Haft sitzen.

Was den Zusammenhang zwischen den aktuellen Wahlen und dem bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampf betrifft, so sind die aktuellen Wahlen für die Verwaltung eine Art Probelauf. Es geht nicht nur um die Darstellung der Ergebnisse, sondern auch um das Funktionieren des Systems. Peskow nannte das eine »kostenintensive Bürokratie« Die New York Times zitierte Wladimir Putins Sprecher im August 2023 mit dem Satz: »Our presidential election is not really democracy, it is costly bureaucracy. Mr. Putin will be re-elected next year with more than 90 percent of the vote.«, und ich gebe ihm Recht. Das ist nicht nur Bürokratie, sondern eine Investition ins System. Wenn man das billig machte, würde das System nicht funktionieren – nicht, weil es nicht billiger ginge, sondern weil genau das der Sinn dahinter ist. Jetzt, ein halbes Jahr vor den Präsidentschaftswahlen, ist es an der Zeit, die Funktionsfähigkeit des Systems unter den neuen Bedingungen zu testen, vor allem mit Rücksicht darauf, dass das System unter Stress steht. Doch das nächste große Plebiszit wird unter einem ganz anderen Druck stattfinden.«

Julia Galjamina: Die Teilnahme an Wahlen gibt Aktivisten und Wählern Hoffnung

»Ich finde es wichtig, an den Wahlen teilzunehmen, weil das eine Möglichkeit ist, gegen den Autoritarismus zu

protestieren. Wir können und dürfen die Hoffnung nicht verlieren und müssen jede Gelegenheit nutzen, für unsere Werte einzustehen – für Frieden, Demokratie und politische Teilhabe. In jeder Situation und in jedem Kontext kann und muss man für seine Werte einstehen und entsprechend handeln, statt nur zu warten.

Es gibt drei triftige Gründe, an den Wahlen teilzunehmen: die Unterstützung des aktiven Teils des politischen Spektrums in Russland, die Repolitisierung der Gesellschaft und die Einflussnahme in den jeweiligen Städten. Die Wahlkampagne der Jabloko-Kandidaten in Weliki Nowgorod zum Beispiel ist im ganzen Land bekannt und gibt allen ein Fünkchen Hoffnung – den Aktivisten genauso wie den einfachen Wählern.

Wie viele Kandidaten überhaupt zu den Kommunalwahlen zugelassen werden, ist regional unterschiedlich. In Krasnojarsk zum Beispiel wurden alle Kandidaten zugelassen, aber ihre Zahl lässt zu wünschen übrig. Einer der Gründe dafür ist, dass es keine politische Kultur und keine Akteure gibt, die systematisch und nicht nur vor den Wahlen an die Öffentlichkeit gehen. In Jeka-

terinburg im bereits erwähnten Weliki Nowgorod, und im erweiterten Stadtgebiet von Moskau, wo permanent und systematisch gearbeitet wurde, gibt es viele Kandidaten, und die meisten von ihnen wurden auch zugelassen. In Belgorod wurden die wenigen unabhängigen Kandidaten nicht zugelassen, aber dort ist die Situation auch sehr angespannt.

Generell werden derzeit nicht so viele unabhängige Kandidaten aufgestellt und registriert. Aber ich finde nicht, dass das nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. In einer konkreten Stadt kann sogar ein einziger Abgeordneter eine große Stütze für die Bevölkerung sein. So hat beispielsweise der einzige unabhängige Abgeordnete in meinem Bezirk geschafft zu verhindern, dass das Parken in den Innenhöfen kostenpflichtig wird. Auch wenn nur wenige handeln, schöpfen viele daraus Hoffnung. Deshalb muss man weiter mit gutem Beispiel vorangehen, in Übung bleiben und die über Jahre gesammelte Erfahrung mit Wahlkampagnen wachhalten.«

Übersetzung: Ruth Altenhofer und Jennie Seitz

Die Originalfassung des vorliegenden Beitrags von dekoder ist online verfügbar unter <https://www.dekoder.org/de/article/wahl-russland-regionen-2023>. Stand: 11.9.2023

Die Redaktion der Russland-Analysen freut sich, dekoder.org als langfristigen Partner gewonnen zu haben. Auf diesem Wege möchten wir helfen, die Zukunft eines wichtigen Projektes zu sichern und dem russischen Qualitätsjournalismus eine breitere Leserschaft zu ermöglichen. Wir danken unserem Partner dekoder für die Erlaubnis zum Nachdruck.

Über die Autoren

Alexander Kynew ist ein russischer Politikwissenschaftler und Dozent an der Moskauer Higher School of Economics. In seiner Forschung beschäftigt er sich unter anderem mit den politischen Prozessen in den Regionen Russlands sowie mit dem Parteien- und Wahlsystem. Im Jahr 2012, im Nachgang zu den Massenprotesten zur Dumawahl, war er Mitbegründer der NGO Komitee der Bürgerinitiativen (Komitet grasshdanskich initsiativ). Sie ist eine gemeinsame Plattform zur Schaffung einer besseren Zusammenarbeit von NGOs in Russland.

Grigori Judin ist ein russischer Soziologe, er ist Professor an der Moscow School of Social and Economic Sciences (MSSES) und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Moskauer Higher School of Economics – eine der wichtigsten russischen Hochschulen im Bereich der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Zu seinen Lehr- und Forschungsschwerpunkten gehören Wirtschaftssoziologie, Wissenschaftstheorie und Fragen der Meinungsforschung. Er verfasst regelmäßig Artikel für unabhängige russische und westeuropäische Medien.

Julia Galjamina (geb. 1973) ist eine oppositionelle Moskauer Lokalpolitikerin. Die Journalistin und Wissenschaftlerin war mehrere Jahre lang Dozentin an der Lomonossow-Universität Moskau. Galjamins Team aus unabhängigen Kandidaten holte bei den Moskauer Kommunalwahlen 2017 im Bezirk Timirjasewski nach offiziellen Angaben sieben von 15 Sitzen. Dies wertete Galjamina als Wahlfälschung, sie ging von acht gewonnenen Sitzen aus. In der Folgezeit musste sie mehrere kurze Haftstrafen absitzen. In einem als politisch-motiviert eingestuften Prozess wurde Galjamina im Dezember 2020 zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Im September 2022 wurde sie zu einem sogenannten »ausländischen Agenten« erklärt.

11. September – 02. Oktober 2023

11.09.2023	Die internationale Nachrichtenagentur »Reuters« berichtet unter Berufung auf interne Dokumente, dass die russische Regierung für das Jahr 2024 eine weitere Senkung des Preises für nach China exportiertes russisches Gas plant. 2023 zahlt China 297,30 US-Dollar für eintausend Kubikmeter Erdgas und damit 40 Prozent weniger als etwa die Türkei oder Abnehmer in der EU, die 501,60 US-Dollar zahlen. Im kommenden Jahr plant Russland einen Preisnachlass für China von 46 Prozent. Eintausend Kubikmeter Gas sollen China dann 271,60 US-Dollar kosten. Der Preis für die Türkei und EU-Länder soll dann 481,70 US-Dollar betragen. Der staatliche Erdgas-Konzern »Gasprom« erwartet, dass die Exportmenge an Erdgas in die EU im Jahr 2023 die niedrigste seit der zweiten Hälfte der 1970er Jahre sein wird.
12.09.2023	Der russische Präsident Wladimir Putin räumt ein, dass die Entscheidung der Sowjetunion im Jahr 1956 Truppen nach Ungarn und 1968 in die Tschechoslowakei zu entsenden, um Proteste niederzuschlagen, ein Fehler gewesen sei. Es sei falsch, außenpolitische Entscheidungen zu treffen, die anderen Völkern schaden. Heute würden die USA dieselben Fehler machen wie damals die Sowjetunion.
12.09.2023	Der russische Energieminister, Nikolaj Schulginow, erklärt, die Regierung plane, die freie Ausfuhr von Erdölzeugnissen zu verbieten. Grund sei, dass Benzin und Diesel zu subventionierten Preisen eingekauft werde und dann ins Ausland exportiert, wo sie gegen Devisen verkauft würden. In den südlichen Regionen Russlands gibt es zurzeit eine Knappheit an Dieselmotorkraftstoffen, die nun auch in Zentralrussland spürbar wird. Die Regierung macht diese inoffiziellen Exporte dafür verantwortlich. Ölhändler geben dagegen an, dass die Treibstoffknappheit künstlich erzeugt wird. Die gelagerten Kraftstoffe würden zurückgehalten, um durch die entstehenden hohen Preise die durch gekürzte Subventionen entstandenen Verluste wieder aufzufangen.
13.09.2023	Die US-amerikanische Tageszeitung »The New York Times« berichtet unter Berufung auf Quellen aus der EU, der Ukraine und den USA, dass Russland westliche Sanktionen und Exportkontrollen überwunden und so seine Raketenerzeugung im Vergleich zur Vorkriegszeit gesteigert habe. Nach einem sanktionsbedingten Rückgang zu Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine sei es Russland gelungen, die Produktion bis Ende 2022 wieder zu steigern. Die US-Exportkontrollen seien demnach durch russische Geheimdienste unterlaufen worden, die Schlüsselkomponenten für Marschflugkörper in Drittländer haben schmuggeln lassen. Auch Länder wie die Türkei oder Armenien umgingen die Exportkontrollen, um Russland beim Handel mit wichtigen Komponenten zu unterstützen.
13.09.2023	Die baltischen Staaten folgen der Empfehlung der Europäischen Kommission und verbieten den Grenzübertritt von Autos mit russischem Kennzeichen. Weiterhin erlaubt sei die Überquerung von EU-Binnengrenzen sowie die Überquerung der Außengrenze der baltischen Staaten in Richtung Russland. Die Einreise russischer Staatsbürger:innen müsse jedoch ohne PKW geschehen. Für Transportfahrzeuge, die Güter zwischen Russland und der russischen Oblast Kaliningrad transportieren, gilt dieses Verbot nicht. Eine ähnliche Regelung wird am 17. September auch in Polen in Kraft treten.
13.09.2023	Das russische Verteidigungsministerium gibt an, dass die ukrainische Armee die Werft in Sewastopol mit Marschflugkörpern beschossen und von der Wasserseite mit Hochgeschwindigkeitsbooten angegriffen habe. Sieben der zehn Marschflugkörper seien abgefangen worden, die Boote seien von einem russischen Patrouillenschiff zerstört worden. Laut Verteidigungsministerium entstand ein Sachschaden an zwei der in Reparatur befindlichen Schiffe auf der Werft.
13.09.2023	Die Europäische Union verlängert erneut die wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine im Februar 2022 verhängten Sanktionen gegen mehrere hundert russische Staatsbürger:innen. Von der Sanktionsliste gestrichen werden in diesem Zuge der Geschäftsmann Alexander Schulgin sowie die Unternehmer Farchad Achmedow und Grigorij Berjoskin. Im Fall Alexander Schulgins hat das Europäische Gericht einige Tage zuvor geurteilt, dass die Grundlage für die erhobenen Sanktionen nicht ausreichend gewesen sei. Diese waren mit dem von ihm betriebenen Online-Handel für Elektronikteile und einem Treffen mit Wladimir Putin im Februar 2022 begründet worden, an dem mehrere Oligarch:innen teilgenommen hatten. Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, hatte vor wenigen Tagen klargestellt, dass die russische Regierung Personen, die gegen die EU-Sanktionen klagten, als Verräter:innen an Russland betrachtete.
15.09.2023	Die russische Online-Tageszeitung »The Moscow Times« berichtet, dass russische Schulen begonnen haben, in hohem Maße Kalaschnikow-Sturmgewehre, Handgranaten und weitere militärische Ausrüstungsgegenstände für die militärische Grundausbildung einzukaufen, die im Lehrplan aufgenommen wurde. Russische Schulen gaben im Zeitraum Januar bis September 2023 insgesamt 64 Millionen Rubel (etwa 630.000 Euro) aus für die Ausstattung des Chemieunterrichts, 11 Millionen Rubel (etwa 107.000 Euro) für Physik und 21 Millionen Rubel (etwa 205.000 Euro) für Biologie. Die Ausgaben für militärische Ausrüstung lagen im selben Zeitraum bei insgesamt 240 Millionen Rubel (etwa 2,3 Millionen Euro).

15.09.2023	Der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Un reist zu einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nach Russland. Neben Gesprächen der Machthaber über »sensible Themen« sind auch Treffen unterschiedlicher Delegationen geplant. Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, gibt im Anschluss bekannt, bei dem Treffen im Fernen Osten Russlands seien keinerlei Vereinbarungen über militärische Angelegenheiten oder andere Bereiche unterzeichnet worden. Internationale Beobachter:innen gehen davon aus, dass es bei den Gesprächen unter anderem um Waffengeschäfte zwischen den beiden Ländern ging.
15.09.2023	Die russische Tageszeitung »Kommersant« berichtet, dass sich der russische General Sergej Surowikin als Teilnehmer einer Delegation des Verteidigungsministeriums in Algerien aufhalte. Als Nachweis dienen Fotos von Surowikin in Uniform ohne Hoheitsabzeichen, die in Algerien entstanden sein sollen. Surowikin hatte zu Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine eine Operation geleitet, wurde jedoch im Januar 2023 degradiert, da er den russischen Einsatz zunehmend kritisierte und ihm Nähe zu Kritikern des russischen Militärapparats wie dem damaligen Chef der Söldnertruppe »TschWK Wagner, Jewgenij Priogoshin, nachgesagt wurde. Als die Truppe Ende Juni auf Moskau marschierte, forderte er sie in einer Videobotschaft jedoch auf, umzukehren. Nach diesem Vorfall verschwand Surowikin aus der Öffentlichkeit.
15.09.2023	Die russische Zentralbank erhöht den Leitzins um einen Prozentpunkt auf 13 Prozent. Ziel ist, die Inflation und den Preisverfall des Rubel einzudämmen. Bereits vor einem Monat war der Leitzins von 8,5 auf zwölf Prozent angehoben worden. Die Bank teilte mit, dass zurzeit über die Notwendigkeit weiterer Eingriffe beraten werde. Die Inflation lag im August bei 5,2 Prozent, im Vormonat hatte sie noch bei 4,3 Prozent gelegen. Das Ziel der Zentralbank ist eine Inflationsrate von vier Prozent.
15.09.2023	Der russische Energiekonzern »Gasprom« teilt mit, dass er die erste Lieferung an Flüssigerdgas nach China über die arktische Nordmeerroute vorgenommen habe. Der Rückgang der Eisschilde macht die Route rentabler. Russland hofft, dass die Route dazu beitragen wird, den Anteil an Öl- und Gaslieferungen nach Asien zu erhöhen. Die arktische Route verkürzt die Transportzeit im Vergleich zur üblichen Route durch den Suezkanal um mehr als eine Woche.
18.09.2023	Vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag wird seit heute über die Klage der Ukraine gegen Russland verhandelt. Die Ukraine hatte im Februar 2022 Klage eingereicht mit der Begründung, Russland missbrauche das Völkerrecht, indem es behaupte, die Invasion sei gerechtfertigt gewesen, um einen Völkermord in der Ostukraine zu verhindern. Zu Beginn der Anhörung, in der es um die Feststellung der Zuständigkeit des Gerichtshofs ging, beantragte Russland, den Fall zu schließen. Die Ukraine nutze die Klage als Umweg, um eine Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der russischen »Militäroperation« insgesamt zu erwirken. Nach Ansicht von Expert:innen könnte sich ein Urteil zugunsten der Ukraine auf künftige Reparationszahlungen auswirken.
20.09.2023	Die russische Tageszeitung »Kommersant« berichtet, dass acht russische Regionen als Reaktion auf einen starken Anstieg von Covid-19-Infektionen erneut die Maskenpflicht angekündigt haben. Bisher wird das Tragen einer Maske in medizinischen Einrichtungen allerdings nur empfohlen. In Moskau wurde das Behelfskrankenhaus im Sokolniki-Park wieder eröffnet, in mehreren russischen Regionen wurde wieder Fernunterricht angeordnet. In der Woche bis zum 17. September wurden 11.500 Neuinfektionen registriert und damit 48 Prozent mehr als in der Vorwoche.
20.09.2023	Das russische Verteidigungsministerium teilt mit, dass bei den Gefechten nach dem Angriff Aserbaidschans auf die international nicht anerkannte Republik Arzach in Bergkarabach mehrere russische Soldat:innen ums Leben gekommen seien. Seit dem Krieg im Jahr 2020 sind russische Soldat:innen als »Friedenstruppen« in der Region stationiert. Der Konflikt war am Vortag durch eine aserbaidshchanische Offensive wieder aufgeflammt. Die Konfliktparteien haben eine Waffenruhe verkündet.
20.09.2023	Der erste stellvertretende Bildungsminister Russlands, Alexander Bugajew, kündigt an, dass zukünftig Berufsberatungstage in Industrieunternehmen für Schüler:innen organisiert würden. Ziel ist es, den Jugendlichen frühzeitig zu ermöglichen, sich über verschiedene Berufsbilder im produzierenden Gewerbe zu informieren. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und der damit verbundenen Teilmobilisierung sieht sich die russische Industrie einem Arbeitskräftemangel ausgesetzt. 42 Prozent der Industrieunternehmen gaben im Juli an, unter Personalmangel zu leiden. Der russische Wirtschaftsminister Maksim Reschetnikow räumte im September ein, dies sei eine ernsthafte systemische Herausforderung. Die Arbeitslosigkeit fiel im Juli auf einen historischen Tiefstand von drei Prozent.
20.09.2023	Moskauer Unternehmen sind verstärkt auf der Suche nach Fachkräften für die Abwicklung militärischer Registrierung und die damit verbundene Beratung von Mitarbeiter:innen. Die Zahl der Jobangebote in diesem Bereich ist im September auf 362 gestiegen, während es im Oktober 2022 nur 174 ausgeschriebene Stellen waren. Jurij Schwytkin, stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der russischen Staatsduma, erklärte unterdessen, zurzeit sei keine weitere Mobilmachung geplant. Für den Einsatz in der Ukraine würden zurzeit nur Vertragssoldat:innen und Freiwillige rekrutiert.

21.09.2023	Alexander Schipulin, Vorsitzender des russischen Bauernverbands, erläutert in einem Interview mit der Tageszeitung »Iswestija« die Gründe für den herrschenden Mangel an Schweinefleisch. Das Defizit sei entstanden, da die Zahl der Schweine zurückgegangen sei und gleichzeitig die Exportpreise für Fleisch gestiegen seien. Nach Angaben der russischen Statistikbehörde <i>Rosstat</i> sind die Preise für Schweinefleisch seit Jahresbeginn um 8,9 Prozent gestiegen. Schipulin betont jedoch, dass dies die gestiegenen Kosten der Landwirt:innen nicht decke.
21.09.2023	Das unabhängige russische Online-Medium »Mediazona« berichtet, dass seit Mai von russischen Militärgerichten wöchentlich etwa einhundert Urteile zu unerlaubtem Entfernen vom Dienst gefällt wurden. »Mediazona« beruft sich dabei auf Statistiken der Gerichte. Aus den veröffentlichten Urteilen geht laut »Mediazona« hervor, dass in 58 Prozent der Verfahren zum Dienst verpflichtete Soldat:innen angeklagt waren, in 39 Prozent handelte es sich um Vertragssoldat:innen und in 15 Prozent der Fälle um Wehrpflichtige, die während ihrer Wehrpflichtzeit einen Vertrag unterschrieben hatten. Mehr als die Hälfte aller Urteile wurden zur Bewährung ausgesetzt. Laut »Mediazona« bietet die Bewährung der Armee die Möglichkeit, die verurteilte Person wieder im Kriegsdienst einzusetzen.
22.09.2023	Die EU-Kommission gibt an, dass 60 Prozent der vor Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine in Russland ansässigen internationalen Unternehmen noch in Russland aktiv sind. 40 Prozent der Unternehmen haben vor, Russland zu verlassen oder haben dies bereits getan. Zahlen der Universität Yale zufolge, setzen 216 Firmen ihre Geschäftstätigkeit in Russland unverändert fort. Darunter sind viele chinesische Unternehmen, Airlines und die deutschen Unternehmen »Claas« und der Stahlproduzent »Salzgitter«.
22.09.2023	Die russische Telekommunikationsbehörde »Roskomsnadzor« plant die Überprüfung russischer Telekommunikationsdienstleister im Hinblick auf deren Bereitschaft, zerstörte oder beschädigte Telekommunikationsnetze vor dem Hintergrund von Ausnahme- oder Kriegszuständen wieder herzustellen. Zu diesem Zweck soll unter anderem überprüft werden, ob die in den Anlagen gelagerten Schmierstoffe geschützt sind oder ob Anti-Drohnen-Systeme installiert sind. Die Betreiber werden angewiesen, Aktionspläne auszuarbeiten für den Fall von Angriffen auf ihre Infrastruktur.
22.09.2023	Der Pressedienst des Ministerkabinetts teilt mit, dass ab dem 01. Oktober 2023 Zölle auf Warenexporte vom Rubelkurs abhängig erhoben werden. Je schwächer der Rubel, desto höher wird der Anteil zu leistenden Zollabgaben sein. Die sogenannte Abwertungssteuer wird erhoben, sobald der Dollar-Kurs bei 80 Rubel liegt. Im Bereich bis 85 Rubel wird die Steuer vier Prozent betragen und dann gestaffelt auf sieben Prozent bei über 95 Rubel steigen. Zurzeit liegt der Kurs bei rund 96 Rubel. Ausgenommen sind Waren, auf die Ausfuhrzölle erhoben werden. Dazu gehören unter anderem Öl, Gas und Getreide. Die Regierung begründet diese Maßnahme offiziell mit dem Schutz des heimischen Marktes.
22.09.2023	Nach dem Inkrafttreten des Mitte September verhängten Ausfuhrverbots für Erdölzeugnisse sind die Großhandelspreise für Benzin um rund 10 Prozent gefallen, die für Diesel um 7,5 Prozent. Die Preise hatten zuvor ein Allzeithoch erreicht, nachdem der russische Finanzminister Anton Siluanow angekündigt hatte, die monatlichen Ausgleichszahlungen an die Ölgesellschaften zu halbieren. Als Reaktion darauf hatte die russische Regierung die Ausfuhr von Benzin und Diesel verboten, ausgenommen sind Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion. Russland hatte in diesem Jahr bisher etwa eine Million Barrel Diesel und 130.000 Barrel Benzin exportiert.
22.09.2023	Das ukrainische Verteidigungsministerium meldet einen Angriff auf das auf der Krim gelegene Hauptquartier der russischen Schwarzmeerflotte. Dabei seien mindestens neun Russ:innen getötet und 16 verletzt worden, darunter hochrangige Marineoffizier:innen. Der von Russland eingesetzte Gouverneur von Sewastopol, Michail Raswoschajew bestätigte den Einschlag einer ukrainischen Rakete, machte jedoch keine Angaben zu entstandenen Schäden oder Opfern. Fünf weitere Raketen seien abgefangen worden. Später habe es zudem eine Cyberattacke auf die Internetdienstleister der Krim gegeben.
23.09.2023	Das deutsche Innenministerium bestätigt nach einer parlamentarischen Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion, dass seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine rund 3.500 russische Männer im wehrfähigen Alter einen Asylantrag in Deutschland gestellt haben. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erteilte in 90 der bisher bearbeiteten 1.500 Fälle einen Schutzstatus. Bei rund 1.100 der Anträge sei nach dem geltenden Dublin-Verfahren ein anderer EU-Mitgliedsstaat für das Asylverfahren zuständig.
24.09.2023	Der Gouverneur der Oblast Kursk, Roman Starowojt, teilt mit, dass ein Verwaltungsgebäude in Kursk von einer ukrainischen Drohne angegriffen worden sei. Seinen Angaben zufolge wurde dabei das Dach beschädigt. Berichten von Anwohner:innen zufolge soll auch eine in der Nähe befindliche Ö raffinerie getroffen worden sein. Der ukrainische Geheimdienst bestätigt den Angriff auf das Gebäude der Regionaldirektion des russischen Inlandgeheimdienstes FSB. Kursk feiert am 24. September den »Tag der Stadt«. Der Bürgermeister Igor Kuzak bestätigte, dass das geplante Feuerwerk aufgrund der Angriffe abgesagt würde.

24.09.2023	Der von Russland eingesetzte Verwaltungschef der ukrainischen Region Donezk ordnet eine Militärensensur und eine Ausgangssperre an. Die Zensur betrifft sowohl Briefpost, Emails, Handynachrichten als auch die Überwachung von Telefongesprächen. Die Ausgangssperre gilt von 11 Uhr abends bis 4 Uhr morgens. In dieser Zeit dürfen Zivilist:innen sich nicht auf Straßen und öffentlichen Plätzen aufhalten. Für öffentliche Versammlungen und Kundgebungen müssen Sondergenehmigungen der Behörden eingeholt werden.
25.09.2023	Bei einer Präsentation vor dem UN-Menschenrechtsrat teilt die »Unabhängige Internationale Untersuchungskommission zur Ukraine« der Vereinten Nationen Erkenntnisse mit, denen zufolge Russlands Armee weiterhin Kriegsverbrechen in der Ukraine verübe. Es seien unter anderem Sprengstoffangriffe auf Wohnhäuser, eine medizinische Einrichtung, Geschäfte und einen Bahnhof verübt worden. Diese Angriffe führten zu Opfern unter der Zivilbevölkerung und zur Zerstörung wichtiger öffentlicher Einrichtungen. Außerdem deuteten Untersuchungen in den Regionen Cherson und Saporischschja darauf hin, dass russische Streitkräfte systematisch Folter anwendeten. Die Kommission forderte, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen würden.
25.09.2023	Der armenische Ministerpräsident Nikol Paschinjan bezeichnet wenige Tage nach dem Angriff Aserbaidschans auf die Republik Arzach in Bergkarabach, in der mehrheitlich Armenier:innen leben, die strategische Partnerschaft zwischen Russland und Armenien als »unzureichend«. Sein Land sei von Moskau im Stich gelassen worden. Diesen Vorwurf weist das russische Außenministerium als inakzeptablen Angriff auf Russland zurück. Die armenische Führung begehe einen großen Fehler, indem sie absichtlich versuche, die Beziehungen zwischen Armenien und Russland zu zerstören, dies sei kurzfristig und inkonsequent. Armenien laufe Gefahr, eine Geisel der geopolitischen Spiele des Westens zu werden.
26.09.2023	Einer Umfrage des russischen Meinungsforschungsinstituts WZIOM zufolge würden 46 Prozent der russischen Bevölkerung ihren Medienkonsum nicht verändern, auch wenn sich der Status der Medien oder Künstler:innen zu einem/-r sogenannten »ausländischen Agenten/-in« ändern würde. Zwei Prozent der Befragten gaben an, Werke von als »ausländische Agent:innen« eingetragenen Künstler:innen sogar häufiger zu konsumieren als vorher. Nur 24 Prozent der Bevölkerung meiden Veröffentlichungen von »ausländischen Agent:innen« vollständig. 33 Prozent der Befragten gaben jedoch an, dass dieser Status negative Assoziationen bei ihnen hervorrufe, 34 Prozent fällen ihr Urteil erst nach eigenen Recherchen. 61 Prozent antworteten auf die Frage, wer »ausländische Agent:innen« seien, dabei handele es sich um Verräter:innen, die für Geld aus »unfreundlichen« Ländern arbeiten.
26.09.2023	Fernsehberichten zufolge war es Besucher:innen einer Veranstaltung im Kulturzentrum in Sewastopol während eines Luftangriffes am Abend des 25. September nicht erlaubt, den Luftschutzbunker des Gebäudes zu betreten. Begründet wurde dies damit, dass der Schutzraum für Angestellte des Kulturzentrums reserviert sei. Die Direktorin Ljudmila Bogatyrjewa bestätigte, dass ein Teil der betroffenen Personen das Gebäude verlassen mussten, ein Teil der Besucher:innen hätte jedoch Schutz gefunden. Sie kündigte eine Untersuchung zu dem Vorfall an.
27.09.2023	Die russische Regierung rechnet im Jahr 2023 laut eines Entwurfs zum föderalen Haushaltsplan 2024 mit Einnahmen von 114,5 Milliarden Rubel (etwa 1,1 Milliarden Euro) aus dem Verkauf von Vermögenswerten ausländischer Unternehmen in Russland. Diese Einnahmen entstehen aus einer sogenannten »freiwilligen« Gebühr, die zu leisten ist, wenn ausländische Unternehmen in Russland Vermögenswerte verkaufen. Zahlt der Verkäufer die Abgabe nicht, so ist die russische Regierung befugt, den Verkauf nicht zu genehmigen.
27.09.2023	Einer Studie der »Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)« zufolge, ist der Anteil der in chinesischen Yuan abgewickelten Importe nach Russland im Jahr 2022 von drei Prozent auf 20 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum gingen die Transaktion in US-Dollar und Euro von bis zu 80 Prozent auf 67 Prozent zurück. Dies sei eine Folge der nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine gegen Russland verhängten Sanktionen, mit denen Russland vom internationalen Finanzsystem ausgeschlossen wurde.
27.09.2023	Der seit Januar 2021 inhaftierte russische Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj wird für ein Jahr in Isolationshaft genommen. Dies ließ Nawalnyj über sein Team ausrichten. Die Leitung des Straflagers, in dem er inhaftiert ist, habe diesen Schritt mit seiner »Unverbesserlichkeit« begründet. Tags zuvor war Nawalnyjs Verurteilung zu 19 Jahren Haft wegen Extremismus von einem Berufungsgericht bestätigt worden.

28.09.2023	Die russische Regierung billigt den Entwurf des föderalen Haushalts für 2024 sowie den Planungszeitraum 2025 bis 2026. Im Jahr 2024 werden laut Entwurf Einnahmen in Höhe von 35 Billionen Rubel (etwa 340 Milliarden Euro) Ausgaben in Höhe von 36,6 Billionen Rubel (etwa 356 Milliarden Euro) gegenüberstehen. Ein Teil der Einnahmen wird aus Enteignungen privatwirtschaftlicher Unternehmen bestritten werden. Seit Beginn des Jahres 2022 wurden insgesamt 22 Enteignungsklagen eingereicht, unter anderem gegen die Brüder Magomedow, die die Hafenanlagen in Noworossijsk und Wladiwostok im Wert von über 100 Milliarden Rubel (etwa 973 Millionen Euro) besitzen. Der Entwurf geht von einem BIP-Wachstum von 2,3 Prozent sowie einem durchschnittlichen Ölpreis von 85 US-Dollar pro Barrel und einem durchschnittlichen Dollarkurs von 90 Rubel aus. Rund 11 Billionen Rubel (etwa 107 Milliarden Euro) sind für Militärausgaben geplant, für den Wiederaufbau der von Russland besetzten ukrainischen Gebiete sollen 2024 37,5 Milliarden Rubel (etwa 365 Millionen Euro) bereitgestellt werden.
28.09.2023	Unter Bezugnahme auf die Erläuterungen zum Entwurf des föderalen Haushaltsplans für 2024 berichtet die russische Wirtschaftszeitung »RBK«, dass die Ausgaben der Behörden für technische Rehabilitationsmittel für Menschen mit Behinderung um 24 Prozent auf 58,76 Milliarden Rubel (etwa 553 Millionen Euro) steigen sollen. 55,7 Milliarden Rubel (etwa 524 Millionen Euro) werden in den Sozialfonds fließen, aus dem technische Hilfsmittel finanziert werden. Die übrigen Gelder sollen verwendet werden für die Rehabilitation von Menschen mit Behinderung, worunter auch Kriegsversehrte zählen.
29.09.2023	In Kasan treffen sich hochrangige Anführer der Taliban mit Vertreter:innen der russischen Regierung zu Gesprächen über die regionale Sicherheit. Der russische Außenminister Sergej Lawrow ließ in einem Grußwort ausrichten, dass Russland an der Entwicklung vielfältiger Kontakte mit Afghanistan interessiert sei und kritisierte den Truppenabzug der USA im Jahr 2021 als »komplettes Fiasko«. Eine zukünftige Rückkehr militärischer Infrastruktur der USA oder der NATO sei inakzeptabel. Einige Tage zuvor hatte Afghanistans Nachbarland Usbekistan US-Vertreter:innen zu Gesprächen über die Stärkung der militärischen Beziehungen empfangen.
29.09.2023	Bei einem Treffen des russischen Präsidenten Wladimir Putin mit dem stellvertretenden Verteidigungsminister Junus-bek Jewkurow und Andrej Troschew, früherer Vertrauter des bei einem Flugzeugabsturz im August ums Leben gekommenen Chefs der Söldnertruppe »TschWK Wagner«, Jewgenij Prigoshin, beauftragt Putin Troschew Freiwilligen-Einheiten aufzubauen. Nach Angaben des Kreml sollen diese verschiedene militärische Aufgaben übernehmen, in erster Linie jedoch in der »Zone der militärischen Spezialoperation« in der Ukraine. Troschew war Anführer der Wagner-Gruppe im Krieg in Syrien und steht seit Dezember 2021 auf der Sanktionsliste der EU.
02.10.2023	Die staatliche russische Energieholding »InterRAO« kündigt an, die Stromlieferungen nach China während der laufenden Preisverhandlungen einzuschränken. »InterRAO« hatte angekündigt, die Strompreise für verschiedene Auslandskund:innen aufgrund der am 01. Oktober in Kraft getretenen Exportzölle um sieben Prozent zu erhöhen und die Lieferungen zu begrenzen oder abbrechen, falls die Kunden dies nicht akzeptierten. Zu den betroffenen Ländern gehören neben China unter anderem Aserbaidschan, die Mongolei und die georgische Region Südossetien. China ist derzeit der größte Markt für russische Stromexporte außerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion.
02.10.2023	Die russische Menschenrechtsorganisation »Moskauer Helsinki-Gruppe« wendet sich gemeinsam mit »Ecodefense« und 18 Einzelpersonen mit einer Klage gegen die russische Regierung wegen der Nichteinhaltung der globalen Klimaziele an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Sie waren Mitte September mit einem Berufungsverfahren vor dem Obersten Gerichtshof Russlands gescheitert. Mit ihrer Klage wenden sie sich gegen Putins Dekret zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 und die Strategie zur Verringerung des Kohlenstoffausstoßes bis 2050. Die Regierung verletze die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger:innen und setze Menschenleben aufs Spiel. Sie fordern stärkere Maßnahmen und eine Emissionsreduzierung, die mit den Pariser Klimazielen von 2015 übereinstimmt, und die darauf abzielen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
Assistenz: Maximilian Hartl
Chronik: Alena Schwarz, Anastasia Stoll
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>